Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 847.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 3. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

× Die posener Panslavisten und ihre Gönner in Petersburg.

Der „Dziennik Poznański" hat sich durch seine panslavistischen Elukubrationen das Verdienst erworben, daß die Polen jetzt von der petersburger Presse ebenso als Bittgänger betrachtet werden, wie die Serben und Bulgaren, ja, daß sie mit den Balkanvölkern, als slavischer Nebenstamm, jetzt vollständig auf eine Stufe gestellt werden. Denn in Petersburg giebt man sich in ziemlicher Kurzsichtigkeit dem Gedanken hin, daß die russophilen Ideen, deren Propagirung unser posener Panslavistenblatt unternommen hat, der Ausfluß der gesammten polnischen Meinung seien. Andererseits ist auch das Treiben des „Dziennik" in Bezug auf die öffentliche Meinung in Deutschland und die deutsche Presse nicht ohne Einfluß geblieben. Wenn bisher einige sentimentale süddeutsche Blätter noch immer für die Polenfrage schwärmten, so ist dieser Rausch, nachdem die posener Panslavisten sich so bereitwillig in die Gefolgschaft des Panrussenthums begeben haben, ziemlich verschwunden.

Ein deutsches Blatt schlägt sogar vor, den Polen gegenüber, die man mit den Wenden der Lausitz auf gleiche Stufe zu stellen beginnt, künftighin alle Rücksichten fallen zu lassen und die Provinz Posen, namentlich durch staatliche Güterankäufe und Dismembrationen par force zu germanisiren. Wir glauben jedoch, daß man den publizistischen Leistungen der Dziennik-Faiseure zu viel Ehre erweist, wenn man dieselben allzu ernsthaft auffaßt. Mag das genannte Organ in seinem Bestreben, das Polenthum in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren, immerhin das Möglichste leisten, und mag es sich sogar in dem naiven Gedanken gefallen, daß es „die Deutschen zu schrecken" (sic) versteht — die Wirkung wird jedenfalls eine andere sein, als es sich unsere unglaublich kurzsichtigen Panslavisten träumen lassen. Wenn der „Dziennik" in selbstgefälliger Weise aus der Beachtung, die wir seinem Treiben schenken, schließen will, daß man in deutschen Kreisen vor dem polnisch-russischen Einverständniß „Furcht hätte", so wollen wir unserem naiven Panslavistenblatte nur bemerken, daß wenn man in Deutschland ohne Bangen einem russisch-französischen Bündnisse entgegensieht und selbst dem eventuellen Kampfe, mit 2 Millionen russisch-französischer Soldaten mit großer Gelassenheit ins Auge schaut, man sich vor dem Bündniß der Herren Dobrowolski und Genossen mit Petersburg am allerwenigsten fürchten, sondern sich höchstens darüber lustig machen wird. Die panslavistischen Träumereien des „Dziennik" haben wir einfach deswegen stets beachtet, weil wir überhaupt die Aeußerungen der polnischen und russischen Presse genau zu registriren pflegen, da, wie der „Dziennik" wohl wissen wird, die „Posener Zeitung" in dieser Hinsicht die Quelle für die übrige deutsche Presse ist. Wir geben deshalb auch nachstehend aus den uns vorliegenden neuesten Nummern des „Nowoje Wremja" und des „Golos" wiederum einige Betrachtungen über die Idee der polnisch-russischen Einigung wieder.

Das „Nowoje Wremja" hatte, wie wir bereits mittheilten, versprochen, eine Reihe von Artikeln über die Stimmung der Polen im Posen'schen zu veröffentlichen. Ein solcher Artikel ist nun bereits erschienen und es werden darin über die panslavistischen Strömungen unter den Polen recht bemerkenswerthe Enthüllungen gemacht.

Aus dem Artikel des „Nowoje Wremja" ersehen wir, daß kurz vor dem Kraszewski-Jubiläum ein gewisser Buczyński aus Russisch-Polen sich dem Blatte mit Aussöhnungsanträgen genaht, jedoch die Sache in so „rosigem Lichte" geschildert hat, daß das Blatt Angesichts der Forderungen einiger „ausländischen polnischen Aristokraten", welche sich als Retter der russischen Gesellschaft vor ihren inneren Feinden aufdrängten, von diesen Anträgen keine Notiz nehmen konnte. Ereignisse der letzten Zeit, sowie einige charakteristische Briefe, welche die Redaktion neuerdings erhalten hat, bewiesen, daß ihr Mißtrauen begründet war. Inzwischen kam Buczyński nochmals mit einem Briefe, in welchem er sein Bedauern über die Rede des Rektors der Lemberger Universität Dr. Liske ausdrückte. In diesem Briefe ist auch auf die Aussöhnung der Litthauer und Polen, die Jahrhunderte Feinde waren, sich aber (durch Jagiellos eheliche Verbindung mit der Königin Hedwig) endlich herzlich aussöhnten, hingewiesen. Eine ähnliche vollständige nationale Einheit zwischen den Russen und Polen wünscht, aber das „Nowoje Wremja" (die Form berührt es nicht, weil sie ja schon geschichtlich gegeben ist). Von einer Aussöhnung aber könne ja nicht die Rede sein, da zwischen brüderlichen Völkern kein Streit und keine Feindschaft bestehen kann, übrigens auch, trotz der entgegengesetzten Ansicht des Herrn Buczyński, es jetzt noch viel weniger als sonst paßt, über eine Aussöhnung zu sprechen. Die russische Presse hat sich über die Polen schon lange sympathisch ausgelassen (?) und hat dies nicht etwa aus Berechnung, sondern deshalb gethan, weil die Feindschaft beider Völker gegen einander keinen Sinn hat. „Es steht, — heißt es wörtlich, — eine gemeinsame bürgerliche Arbeit bezüglich der inneren Einrichtungen des gemeinsamen Vaterlandes bevor, und hierzu gehören auch negative Interessen, — der Kampf gegen die Germanisirung, — welche direkt eine Einigung und Annäherung hervorrufen." Buczyński schlägt vor, Kraszewski nach Petersburg zu berufen und ihm dort Ovationen zu bezeugen, was, wie das „Now. Wrem." sagt, als zu individuell bedeutungslos wäre, während die prinzipiellen Interessen des mit den Polen gemeinsamen Lebens der Russen die Einigung nothwendig machen. — Eines bessern Modus vivendi wegen, enthält sich das „Now. Wremj." einer Zurückweisung der polnischen Erklärungen, welche nicht das gemeinsame Ziel, sondern Koterieninteressen berücksichtigen, und unter Aussöhnung die Unterordnung der Interessen des russischen Volkes unter jene persönlichen Interessen verstehen, und, im Falle diese Forderung abgewiesen werden sollte, drohen, „lieber der Nationalität zu entsagen u. sich einer höhern, verwandten Zivilisation, — der deutschen, — anzuschließen, als den Druck der Beamten zu ertragen, welche den Polen ihre Nationalität u. ihre Zivilisation rauben". Der Brief, dem dieses entnommen ist, ist von einem „Kleinpolen" unterzeichnet, der außerdem noch sagt, daß die polnische Zivilisation eng mit der historischen Aristokratie verbunden ist, und daß von dieser die Zivilisation unter dem Volke verbreitet wurde. Die polnische Aristokratie aber soll nach ihm das Volk nicht bedrücken. Die russische Presse und die russische Gesellschaft haben jedoch bis jetzt nichts zur Aufklärung der Masse des polnischen Volkes gethan. Alle diese Vorwürfe des „Kleinpolen" führt das „Now. Wrem." nun an, um die Richtigkeit der Behauptungen seines Posener Korrespondenten über die Verschiedenheit der Ansichten unter den Polen in's gehörige Licht zu stellen, und es hofft, daß der Theil derselben, welcher sich nicht geschämt hat, aus untergeordneten und jedenfalls nur vorübergehenden Ursachen die deutsche Kultur der Einigung mit den Russen vorzuziehen, nur klein ist, keinen Einfluß besitzt und innerlich dem polnischen Volke nicht angehört, weil jener Theil seine Standesinteressen höher stellt als die nationalen Interessen. Diese Seite der ganzen Frage hält aber das „Now. Wrem." für die wichtigste bezüglich der Einigung! es meint übrigens, daß der aufgeklärte Theil der polnischen Bevölkerung, die Aristokratie nicht ausgenommen, sich längst mit der Bauernfrage ausgesöhnt habe. Wenn aber auch dies nicht der Fall wäre, meint das Blatt auf Grund des Posener Briefes, so läge es im Interesse des Kleinadels, Bürgers und Bauern, die ja auch eine Intelligenz zu erzeugen vermögen, eine Einigung der Russen und Polen anzustreben. Doch gesteht das „Now. Wrem." zu, daß, um die Einigung zu ermöglichen, eine Aenderung der jetzigen Lage der Dinge, nothwendig sei, weil nur dies als sichtbarer Beweis des Aufhörens der Feindschaft zwischen beiden verwandten Stämmen dienen könnte.

Auch der „Golos" kommt wiederholt auf die Aussöhnung der Russen und Polen zu sprechen, die er als für beide wünschenswerth bezeichnet. Die Aussöhnung sei nicht so schwer, wie man sie sich vorstellt, und die Basis sei für jeden Unbefangenen sichtbar. Vor Allem habe sich die Presse mit dieser Frage zu beschäftigen. Die galizische und posener polnische Presse betrachtet sie jedoch durch das Prisma ihrer eigenen, privaten Interessen. Nur hierdurch erklärt es sich, weshalb die galizische Presse sich für die Rede des Herrn Liske begeistert, und gegen ein Bündniß mit Rußland plaidirt, während der „Dziennik Poznański für ein solches eintritt. (Der „Dziennik Poznański" hat dies übrigens bereits vor ungefähr vier Jahren gethan und zu diesem Behufe nicht nur eine Reihe Leitartikel, sondern sogar einen ad hoc in Lemberg fabrizirten Brief des russischen Generals L... (?) veröffentlicht; in allen diesen Artikeln wurde den Deutschen mit der russisch-polnischen Aussöhnung gedroht). Die Ansichten der zu Oesterreich und Deutschland gehörenden Polen können nach dem „Golos" nur eine relative Bedeutung haben, weil den Russen nur die Zunahme der Sympathien interessirt. Wichtig wäre es, die Stimme der Warschauer Presse über diese Frage zu vernehmen. Diese darf sich jedoch weder für noch gegen die Aussöhnung aussprechen, weil sie durch die Zensur geknebelt ist. Würde sie sich für die Aussöhnung aussprechen, so würde allgemein gesagt werden, daß sie hierzu gezwungen wurde; einen Artikel gegen die Aussöhnung würde aber die Censur streichen. Deshalb erscheint die Gründung einer polnischen Zeitung in Petersburg oder Moskau, wo die Zeitungen gegen Kaution, ohne Präventivzensur herausgegeben werden, nothwendig.

Wir registriren die Aeußerungen der petersburger Blätter lediglich als Symptome, welche für die gegenwärtige Isolirtheit Rußlands bezeichnend sind. Es ist jedoch eigenthümlich, daß selbst in der gegenwärtigen Lage die russische öffentliche Meinung an irgendwelche Konzessionen der Gleichberechtigung für das Polenthum nicht denken will; so sehr ist man von der Alleinherrschaft des Russenthums im Gebiete des Panslavismus überzeugt. Nicht zu einem Mithegemonen und Nebenbuhler, sondern allenfalls zu einem untergeordneten Schützlinge à la Montenegro will man das Polenthum machen und deshalb wird der „padam do nóg" des „Dziennik Poznański" und des Herrn Buczynski von der petersburger Presse nicht etwa mit freundschaftlichem Enthusiasmus, sondern in echt russischer Manier, mit gönnerhafter Herablassung aufgenommen, während andererseits, wie die neuesten Regierungsmaßnahmen in Warschau beweisen, die polnische Unterwürfigkeit lediglich mit Fußtritten belohnt wird.

Allein man sollte in Petersburg nicht vergessen, daß unter den Polen der Ultramontanismus die erste Rolle spielt und so lange die römische Geistlichkeit in den politischen Beziehungen des Polenthums einer der Hauptfaktoren bleibt, an eine Annäherung an das Schisma und an eine Degradirung der Polen zu Czernogorzen oder Bulgaren nicht gut zu denken ist. Der polnische Katholizismus will in Rußland nicht seinem Beschützer, sondern, wie wir dies bereits neulich hervorgehoben haben, seinen Rivalen sehen, dem die Hegemonie über das Slaventhum entrissen werden soll. Uns posener Deutschen können daher die zärtlichen Annäherungsversuche der vereinzelten polnischen Exaltados an Rußland nicht nur gleichgiltig, sondern sie könnten uns sogar, wenn wir nur einigermaßen schadenfroh wären, willkommen sein, da diese Bestrebungen, so unbedeutend sie auch sind, nicht nur auf das Polenthum zersetzend wirken, sondern dasselbe auch äußerlich des letzten romantischen Schimmers entkleiden, den es bisher noch immer Dank seinen früheren Traditionen genossen hat.

L. Zum Nothstand in Oberschlesien.

Einer offiziellen dem Prov.-Landtage zur Kenntnißnahme vorgelegten Mittheilung des Reg.-Präsidenten des Reg.-Bezirks Oppeln, Freiherr von Quadt an den Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien von Seydewitz, betreffend die Nothstandverhältnisse in den Kreisen Rybnik und Pleß entnehmen wir folgende Momente:

Freiherr von Quadt hält sich für verpflichtet, die unbestreitbare Thatsache offen auszusprechen, daß in beiden Kreisen ein schwerer Nothstand in sicherer Aussicht steht. Die hauptsächlichsten Nahrungsmittel bilden bei der geringeren Klasse beider Kreise die Kartoffeln und das Kraut. Letzteres ist von den Raupen zerfressen und völlig mißrathen; die bei Weitem aber mehr ins Gewicht fallende Kartoffel hat theilweise nicht die Aussaat (etwa 10 Ztr. pro Morgen wird angegeben) andererseits 15, seltener 20, bis vielleicht allerhöchstens 25 Ztr. geliefert. Rechnet man hierzu, daß auch Roggen und Hafer als nahezu mißrathen zu bezeichnen sind, daß namentlich der erstere zwar ziemlich viel Stroh, aber einen ungewöhnlich geringen Körner-Ertrag gewährt, also neben dem Genußmittel auch jede etwa sonst noch sich bietende kleine Einnahmequelle fehlt, so liegt es auf der Hand, daß, wenn nicht schleunig Hilfe geleistet wird, die Existenz der Eingesessenen schwer bedroht ist, und zwar um so mehr, als dieselben, von einigen kleinen Theilen abgesehen, keine Gelegenheit zur Arbeit haben, vielmehr gewohnheitsmäßig sich darauf beschränken, im Sommer ihre Früchte zu ziehen, um im Winter von denselben sich in der nothdürftigsten Weise zu nähren. Der Kartoffelvorrath wird sicherlich überall gegen Weihnachten, an vielen Stellen aber, namentlich auf dem durch die Nässe mehr betroffenen schweren Boden schon erheblich früher, mit Ende November oder noch schneller aufgezehrt sein, und von diesem Augenblick an liegt ein absoluter Mangel an Nahrungsmitteln vor, der, wenn nicht sofort außerordentliche Maßregeln ergriffen werden, die entsetzlichsten Zustände mit Einschluß des unter solchen Umständen fast unausbleiblichen Hungertyphus im Gefolge haben wird.

Dieser leider unwiderlegbaren Thatsache gegenüber kann es sich nur fragen, durch wen und in welcher Weise Abhilfe geschaffen werden soll.

„Beide Kreise sind — das kann leider Niemand, der mit ihren Verhältnissen vertraut ist, bestreiten — in einem Zustande fortschreitender Verarmung begriffen, ja vielleicht schon als völlig verarmt zu bezeichnen. Geschwächt durch eine Reihe von dürftigen Ernten — namentlich gleichmäßig in den letzten 5 Jahren, nur mit der Maßgabe, daß im Jahre 1878 die sehr reichliche Kartoffelernte gegen Noth schützte — sind die Grundbesitzer — natürlich von dem Herzog von Ratibor und der Fürsten von Pleß abgesehen — fast durchgehends nur in sehr beschränktem Maße leistungs- oder kreditfähig.

Nicht besser sieht es in den Städten aus. Der Stand der kleinen Handwerker ist fast vollständig ruinirt und vermehrt die Reihe der Bedürftigen. Handel und Verkehr stocken, die permanente Rinderpestsperre lastet schwer auf allen Grenzkreisen und die jetzt gerade wegen der nahen Gefahr in Russisch-Polen getroffenen außerordentlichen Maßregeln wirken doppelt ungünstig ein, insofern sie den auf den Marktbesuch angewiesenen Gewerbetreibenden die Märkte des Industriebezirks verschließen. — So ist überall auf dem Lande wie in den Städten nur Bedrängniß zu finden und Hilfe ist weder von den größeren Grundbesitzern, welche selbst schwer genug betroffen sind, noch von den Gemeinden, welche eine unverhältnißmäßige Masse unterstützungsbedürftiger Glieder zählen, zu erwarten.

Aber auch die Kreise als Korporationen sind außer Stande, das zur Abwendung des Nothstandes Erforderliche zu leisten. So ist beispielsweise im Kreise Pleß, in welchem auch bei der Grundsteuereinschätzung bezüglich des Ackerlandes nicht die Hälfte des Durchschnittssatzes des preußischen Staates erreicht worden, die Steuerkraft offenbar zurückgegangen, indem die Klassen- und Einkommensteuer pro Kopf i. J. 1864 1,43 M. betrug, während sie i. J. 1878/79 sich nur auf 1 M. beläuft. Andererseits haben in noch höherem Maße, als der Wohlstand gesunken ist, die Kommunal- 2c. Lasten in beiden Kreisen sich gesteigert und eine so exorbitante Höhe bereits erreicht, daß dieselben als geradezu unerschwinglich zu betrachten sind.

Eine Uebersicht des Kreises Rybnik ergiebt, daß an Kommunal-, Kirchen- und Schullasten, sowie an Renten im ganzen Kreise durchschnittlich 513 pCt. der Einkommen- und Klassensteuer, in verschiedenen Gemeinden desselben 900, 1000, 1200 oder auch 1400 pCt. gezahlt werden. In Pleß ist das Verhältniß ein ähnliches.

Auf die Art und Weise, wie die Hilfe zu leisten ist, näher eingehend, macht der Regierungs-Präsident in seiner Denkschrift folgende Vorschläge: 1) In erster Linie die Gewährung von Arbeit in Aussicht zu nehmen und zwar a. Bau von Chausseen. In dieser Beziehung ist in beiden Kreisen bereits das Nöthige eingeleitet, und zwar vorwiegend mit Hilfe in Aussicht gestellter Beihilfen und Darlehne der Provinz, — welche jedoch nicht in vollem Maße ausreichen, b. Arbeiten, welche mehr in das Gebiet der einzelnen Gemeinden eindringen und deshalb auch den minder Arbeitsfähigen Gelegenheit geben, sich wenigstens etwas zu verdienen, also namentlich Vizinalwege. Mit den bezüglichen Vorbereitungen sind die Landräthe bereits beauftragt worden.

2. In einem gewissen Umfange ist die Gewährung vor Darlehen unter möglichst billigen Bedingungen an solche Personen nothwendig, welche noch nicht arm, wohl aber augenblicklich außer Stande sind, ohne derartige Hilfe ihre Prästationsfähigkeit zu erhalten.

3. Unerläßlich ist die Beschaffung größerer Mengen Lebensmittel, namentlich von Kartoffeln mit Hilfe des in den letzten Tagen für den Transport derselben ermäßigten Tarifs, und die Errichtung von Depots in den verschiedenen Theilen des Kreises, sei es, daß dies auf eigene Rechnung des letzteren oder durch zuverlässige und genau zu kontrolirende Unternehmer geschieht. Daneben habe ich die Errichtung von Suppenanstalten, wie solche sich bei früheren Nothständen bewährt haben, in möglichst vielen Gemeinden empfohlen und damit auch Anklang gefunden.

4. Die Beschaffung von Saatgut in großem Maßstabe wird im nächsten Frühjahr sich als unabweisbares Bedürfniß herausstellen.

die Höhe der Kosten der hier vorgeschlagenen Maßregeln annähernd mit nur einiger Sicherheit zu überschlagen, ist nach der Denkschrift unmöglich, nach einem entfernten Anhalt dafür dürften sich dieselben aber auf mehr als 2½ Millionen Mark beziffern. Seine Ansicht in Kürze zusammenfassend, glaubt der Regierungs-Präsident in seiner Denkschrift nachgewiesen zu haben, daß 1. schleunige und außerordentliche Maß-

regeln zur Abwendung des Nothstandes bei einer zum überwiegenden Theile armen Bevölkerung von pr. pr. 175,000 Köpfen dringend geboten sind, 2. die Gemeinden ebensowohl wie die Kreise sich völlig außer Stande befinden, die nöthige Hilfe zu gewähren, zumal ja ohnehin während des Winters Steuern kaum beizutreiben sein werden, und es sehr schwer werden wird, die sonst im öffentlichen Interesse erforderlichen Gelder zu beschaffen, 3. auch die Gewährung von Darlehnen an die Kreise — in der Weise, wie dies bei Kosel und Ratibor geschehen, nicht ausreichen würde; da die Kreise eine Rückzahlung nicht leisten können und muthmaßlich die Uebernahme einer bezüglichen Verpflichtung ablehnen würden, 4. insoweit nicht die Provinz zum im verhältnißmäßig geringen Theile heranzuziehen sein möchte, der Staat mit seiner Hilfe eintreten muß.

Aus dem Reskript des Ministers des Innern und des Finanzministers auf den von dem Regierungs-Präsidenten Freiherrn von Quadt zu Oppeln erstatteten Bericht sei Folgendes hervorgehoben: Das Reskript bemerkt, daß es nach den Darlegungen des Regierungs-Präsidenten keinem Zweifel zu unterliegen scheine, daß es zur Verhütung eines Nahrungsnothstandes in den Kreisen Rybnik und Pleß umfassender Maßregeln und einer energischen Durchführung bedarf. Von den Vorschlägen des Regierungs-Präsidenten vermögen die Minister aber denjenigen, welcher auf die Gewährung von Darlehnen aus Staatsmitteln an Einzelne gerichtet ist, für den Verhältnissen und dem Zwecke entsprechend nicht zu erachten. Es würde dadurch einem Nothstande der Empfänger nicht überall mit Sicherheit vorgebeugt und eine der sonst erforderlichen Anordnungen weder erübrigt noch wesentlich erleichtert, andererseits aber Gelegenheit zu mißbräuchlicher Ausnutzung der Staatshilfe über die Grenzen des wirklich dringenden Bedürfnisses hinausgegeben werden.

Die Schaffung von Arbeits-Gelegenheit durch den Bau von Chausseen, von Vicinalwegen und sonstigen Anlagen, sowie die Bereithaltung genügender Mengen von gesunden Kartoffeln an geeigneten Orten zur Verabfolgung derselben gegen, unter Umständen auch ohne Entgeld, sind die Maßregeln, welche in erster Linie in Betracht kommen und zu deren Förderung durch Beihilfen aus Staatsmitteln die Minister, soweit nöthig, bereit sind.

Ueber die Bewilligung von Beihülfen aus Staatsfonds zum Bau chaussirter Straßen, von Vicinalwegen oder zu anderen öffentlichen Anlagen sich schlüssig zu machen, sind die Minister noch nicht in der Lage. Dagegen wird die Anschaffung und Bereithaltung genügender Mengen von Kartoffeln als von hervorragender Wichtigkeit bezeichnet. Diese zur Sicherung des unentbehrlichen Lebensunterhaltes der Bedürftigen erforderliche Maßregel werde aber auch nur auf dem gesetzlichen Boden der Armenpflege durchzuführen sein.

Bei dem Unvermögen der Ortsarmenverbände in den Kreisen Rybnik und Pleß sei es eine gesetzliche Obliegenheit des Landarmen-Verbandes der Provinz Schlesien, den Ortsarmen-Verbänden die erforderlichen Beihilfen zu gewähren und der Landarmen-Verband werde sich, zumal unter den obwaltenden drohenden Verhältnissen, jener gesetzlichen Verpflichtung nicht entziehen wollen. Die Minister verkennen aber von vornherein nicht, wie zu besorgen stehe, daß die Erfüllung der Verpflichtung in dem zur Bekämpfung des Nothstandes erforderlichen Umfange die Kräfte des Landarmen-Verbandes übermäßig in Anspruch nehmen werden und erklären sich deshalb bereit, demselben dabei seiner Zeit, soweit nöthig, auf motivirten Antrag mit Staatsmitteln zu Hilfe zu kommen.

Hiernach erscheint als die erste und dringendste Aufgabe, den Landeshauptmann der Provinz Schlesien als Vertreter des Landarmen-Verbandes mit einer entsprechenden Mittheilung und Aufforderung zu versehen, ferner die Organisation des in Rede stehenden Unterstützungszweiges durch eine Verständigung zwischen dem Landeshauptmann, als Vertreter des Landarmen-Verbandes, und den Kreis-Ausschüssen in Vertretung der Ortsarmen-Verbände unter Mitwirkung des königl. Regierungs-Präsidiums zu Oppeln herbeizuführen, und die Anschaffung der nöthigen Kartoffelvorräthe sobald wie möglich einzuleiten.

Deutschland.

C. **Berlin,** 1. Dezember. [Eisenbahn- und Schul-Angelegenheiten. Die deutschen Anleihen an fremden Börsen.] Von hervorragenden Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion wurde heute in Abrede gestellt, daß der letzteren eine Bezeugung der „Zufriedenheit" des Fürsten Bismarck über das Verhalten der Partei in der Eisenbahnfrage zugegangen sei, wie die „National-Zeit." gestern gemeldet hatte. Bei den Beziehungen dieses Blattes zu jener Partei ist wohl nicht anzunehmen, daß es die Notiz, welche allerdings das allgemeinste Aufsehen erregt hat, ohne Grund gebracht haben sollte. Vermuthlich wird das Dementi sich also nur auf die Form beziehen können; und ausgedrückt oder nicht ausgedrückt — vorhanden wird die Befriedigung des Fürsten Bismarck über die Behandlung der Eisenbahnfrage durch die Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses jedenfalls sein. Daß die letzteren von diesem ihrem Verhalten eine Rückwirkung auf ihre allgemeinen Beziehungen zu der Regierung erwarten, ist auch in der letzten Zeit an mancherlei Anzeichen zu erkennen gewesen, zum Theil an solchen, welche freilich nicht ganz begreiflich sind, so z. B., wenn sich einzelne Liberale der Hoffnung hinzugeben scheinen, die Verständigung ihrer Partei mit dem Reichskanzler in der Eisenbahnfrage werde eine für den Liberalismus erwünschte Erledigung der elbinger Schulangelegenheit herbeiführen. Die letztere ist, nachdem durch die Beschlüsse der Kommission die Verstaatlichung sowohl im Ganzen, als in allen Einzelheiten entschieden ist, jedenfalls der einzige von den noch vorhandenen Berathungsgegenständen, welcher ein erhebliches Interesse in Anspruch nehmen kann. Nur falls Graf Eulenburg seine Vorlagen zur Verwaltungsreform noch einbringen sollte, woran aber noch gerade wegen der langen Verzögerung mancher verzweifelt, dürfte ein weiterer, Interesse erregender Verhandlungsgegenstand für die gegenwärtige Session hinzukommen. Bei der Berathung über die elbinger Angelegenheit in der Unterrichtskommission hat bekanntlich der Korreferent, Herr Gneist, seiner im Uebrigen unanfechtbaren, auf seiner früheren Broschüre über die Rechtsgrundlage des Volksschulwesens in Preußen beruhenden Deduktion eine höchst seltsame Behauptung hinzugefügt, nämlich die: die Bezirksregierung habe in solchen Schulangelegenheiten endgültig zu entscheiden, der Minister sei überhaupt nicht berechtigt gewesen, diese Entscheidung nach irgend einer Richtung abzuändern. Von einer derartigen Stellung unserer durchaus abhängigen Bezirksregierungen zum Minister hat man bisher in Preußen nichts gewußt. Es scheint, daß Herr Gneist die Absicht hatte, einem Theil der Konservativen eine Brücke zu bauen, auf welcher diese, ohne sachlich Herrn v. Puttkamer entgegentreten zu müssen, zu einer Erklärung zu Gunsten der elbinger Stadtbehörden gelangen könnten; indeß die Hoffnung, daß das Verlangen nach einer solchen Brücke bei einem Theil der Konservativen vorhanden sei, und die hier und da auftretende Annahme, daß von Varzin aus ihnen ein entsprechender Wink zu Theil werden würde, scheinen uns lediglich Illusionen zu sein. Wer nicht in solchen lebt, kann kaum bezweifeln, daß Herr von Puttkamer in der elbinger Angelegenheit einen Sieg mit großer Majorität erfechten wird; die Konservativen und Ultramontanen werden sich wie Ein Mann um ihn schaaren, und es scheint uns nicht einmal ausgemacht, daß nicht auch ein Theil der Freikonservativen sich zu dieser Majorität, zu der außerdem die Polen jedenfalls gehören werden, hinzugesellen sollte. Allerdings soll ja jede gute That schon hienieden ihren Lohn finden; aber das Portefeuille des Herrn von Puttkamer dürfte, wenn er nicht etwa von Neuem Toaste ausbringt, welche sich für ihn gefährlich erweisen, nicht die Münze sein, in welcher die Nationalliberalen für ihre Bescheidenheit in der Eisenbahnfrage belohnt werden. — Einige Zeit, nachdem der französische Botschafter, Graf St. Vallier, in Varzin gewesen war, wurde in einzelnen Blättern berichtet, es habe sich dort u. A. um den Wunsch des Reichskanzlers gehandelt, an der pariser Börse die preußischen Staats- und deutschen Reichsanleihen zur offiziellen Kursnotirung zugelassen zu sehen. Da mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen eine starke Vermehrung der preußischen Konsols und, falls später die Uebertragung der preußischen Staatsbahnen auf das Reich erfolgen sollte, dann eine bedeutende Vermehrung der deutschen Reichsanleihe erfolgen muß, so ist das Bemühen, diesen Papieren einen erweiterten Markt in Europa zu verschaffen, sehr natürlich. In der That scheinten in dieser Beziehung nach mehreren Seiten hin Anknüpfungen gemacht zu sein. Wir hören insbesondere von einer solchen, welche in London erfolgt sei.

— Der Kaiser hat auf eine an ihn gelangte Immediateingabe hin bestimmt, daß in Zukunft die Einberufung der Rekruten bei den einzelnen Armeecorps nicht mehr auf einen Sonntag erfolgen solle. In der Eingabe hatten sich Privatleute über die Ausschreitungen beschwert, welche gerade die Sonntagsruhe störten.

— Man schreibt der „N. Z.": „Nach zuverlässigen Informationen ist man von den politischen Folgen, welche sich an den Besuch des Königs von Dänemark am hiesigen Hofe knüpfen, in den höchsten leitenden Kreisen sehr zufriedendengestellt. Die Besprechungen, die zwischen beiden Monarchen und dem Kronprinzen stattfanden, haben zu erwünschten Resultaten geführt, die in einer oder der anderen Form der Volksvertretung zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden dürften." Demnach dürfte es sich also doch um den Herzog von Cumberland gehandelt haben.

— Die erschreckende Häufigkeit von Eisenbahn-Unfällen hat Herrn Maybach zum Erlaß eines Reskriptes veranlaßt, in welchem er den königlichen Direktionen eine verschärfte Kontrole der Betriebssicherheits-Vorschriften anempfiehlt. Das Reskript deutet an, daß gewisse Unterlassungen von Vorsichtsmaßregeln im Betriebsdienste stellenweise gewohnheitsmäßig gewesen zu sein scheinen, ohne bisher entsprechende Rüge gefunden zu haben. Im Uebrigen betont das Reskript die Wichtigkeit einer aufmerksamen Handhabung und Beobachtung der Signal- und Weichenstellungs-Apparate, wobei erwähnt wird, daß die gewöhnlichen optischen Telegraphen sich in einigen Fällen mangelhaft erwiesen haben. Hoffentlich trägt die dankenswerthe Anregung des Arbeitsministers dazu bei, daß eben auch der technischen Verbesserung der der Betriebssicherheit dienenden Vorkehrungen und Apparate mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als bisher.

— Die „Kreuz-Ztg." schreibt unterm Heutigen: „Gestern, am 30. November, waren es fünfundzwanzig Jahre, seit das Herrenhaus, als damalige Erste Kammer, auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1853 und der Verordnung vom 12. Oktober 1854 neu gestaltet, zum ersten Male zusammentrat, nachdem an demselben Tage die Eröffnung der Session des Landtags durch Se. Maj. den König Friedrich Wilhelm IV. im Weißen Saale erfolgt war." Ohne die „Kr.-Ztg." hätte gewiß Niemand sonst dieses „schönen Gedenktages" sich erinnert.

— Heute (1. Dezember) beginnen die Verhandlungen der Reichs-Schifffahrts-Kommission unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsraths Dr. Rösing. Die Berathungen werden voraussichtlich sechs Tage Zeit in Anspruch nehmen.

— Wie nach dem „Rhein. Cour." verlautet, wird sich die nächste Reichstagssession unter Anderem mit einer Vorlage des Bundesrathes zu beschäftigen haben, welche eine Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz zum Zwecke hat.

— [Parlamentarisches.] Die Kommission zur Vorberathung für das Verfahren in Auseinandersetzungssachen hat ihre Berathung in zweiter Lesung beendet. Es ist auch der Bericht bereits vorgetragen und von der Kommission genehmigt worden. Auch zwei ihr überwiesene Petitionen sind geprüft und die eine davon zum Vortrage im Pleno geeignet befunden. Die Aenderungen, die die Kommission dem Hause vorschlagen wird, sind wesentlich redaktioneller Natur. Nur in dem Einen weicht die Kom-

---

Berliner Briefe.

In den vergangenen vierzehn Tagen hat wiederum die Kunst Italiens die Gemüther beherrscht. Die Patti kehrte von ihren Ausflügen zurück, um ihre Verehrer noch einmal als „Margarethe" und „Lucia" zu enthusiasmiren. Ich will auf die Debatten nicht eingehen, welche bei jeder solchen Gelegenheit unsere Kritiker über die Frage anstellen, ob Gounod's Margarethe eine deutsche oder französische Gestalt sei und ob sie die Darstellerin französisch oder deutsch gegeben habe. Gounod's Faust ist ein durchaus französisches Werk; daß der Gang der Handlung aus Goethe genommen ist, kann diesem nichts schaden, denn von seinem Geiste hat man wohlweislich nichts mithinübergenommen. Wenn die Patti also vortrefflich singt und spielt, so ist es ziemlich einerlei, „was für ein Gretchen" sie giebt. Freilich mit dem Uebermaß der Begeisterung, welches bei solchen Gelegenheiten zu grassiren pflegt, werde ich mich niemals befreunden können. Wenn z. B. ein hiesiges Blatt erzählt, Jemand habe für drei Pattibillete 180 M. bezahlt, so verdient dieser Jemand sein Geld offenbar sehr leicht, hätte aber trotzdem besser gethan, einen flüchtigen Genuß nicht so lächerlich theuer zu bezahlen und die Summe etwa den Nothleidenden in Oberschlesien überweisen sollen. Es ist nur gut, daß heutzutage Keiner von den altrömischen Satyrikern mehr lebt, etwa Horaz, Persius, Juvenal. Was würden sie wohl zu einem solchen Virtuosenkultus sagen? Ich befürchte, ihre Hexameter wären in wenig salonfähigen Ausdrücken abgefaßt.

Frau Patti hat jedenfalls mehr Glück gehabt, als Frau Ristori, die schließlich vor der Polizei das Feld räumen mußte. Die Handhabung der Theatercensur gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten dieses irdischen Daseins. An und für sich bin ich gewiß nicht gegen eine strenge Beaufsichtigung der Bühne. Sie ist nicht immer in den besten Händen, selten in solchen, die das Beste wollen. Wenn z. B. ein früherer Tischlergeselle und Besitzer einer Tanzkneipe mit Tingeltangel Theaterdirektor wird, so werden uns auch die liebenswürdigsten Nekrologe nicht einreden, daß er etwas „vom Theater verstanden" — außer dem Geschäfte. Freilich hätte eine Beaufsichtigung im richtigen Sinne große Schwierigkeiten — weshalb sie denn auch nirgends zu finden ist. Das moralische Unkraut läßt man überall hoch in's Kraut schießen. Bekanntlich steht das englische Theater unter der diskretionären Gewalt des Lord Chamberlain. Das hat aber keineswegs dieselbe verhindert, der Tummelplatz der ekelhaftesten Schaustellungen weiblicher Nuditäten zu werden. Aber von Zeit zu Zeit hat der Lord-Chamberlain eine moralische Anwandlung. Denn verbietet er irgend ein Stück der besseren französischen Autoren, etwa von Augier, Dumas oder Sardou. So geht es auch unserer Polizei. Sie bekommt von Zeit zu Zeit politische Anwandlungen. So geschah es denn auch Giacometti's „Marie Antoinette" gegenüber, in welchem die Ristori draußen im Nationaltheater auftreten wollte. Einmal ward es ihr zwar auf hohe Intervention gestattet, dann aber blieb die Polizei unerbittlich und Frau Ristori mußte mit einer „Miscellanea" einiger anderen Rollen vom berliner Publikum Abschied nehmen. Natürlich entstand eine allgemeine Verwunderung, daß am Mittwoch staatsgefährlich sein sollte, was am Sonnabend vorher gefahrlos war. Das wird nun damit entschuldigt, das Publikum einer ersten Aufführung bestehe aus gebildeten Elementen, bei ferneren Aufführungen falle diese Garantie fort und man hatte bei der szenischen Darstellung der revolutionären Mißhandlungen der königlichen Familie von Frankreich Ausbrüche sozialdemokratischer Rohheit befürchten müssen. Poetisch läßt es sich gewiß nicht rechtfertigen, daß Ludwig XVI., Marie Antoinette und der Dauphin vor unsern Augen durch alle wüsten Auftritte jener entsetzlichen Wirklichkeit geschleppt werden, allein wenn es dabei zu Ausbrüchen der Rohheit käme, dann müßte die Ristori eine sehr schlechte Schauspielerin sein. Auch muß man dagegen protestiren, daß das Publikum einer ersten Aufführung besonders gebildet sei. Hat doch erst neulich unser Generalintendant ihm in seinem Erlasse sogar die Urtheilsfähigkeit abgesprochen. Doch genug hiervon. Von Frau Ristori möge nur gesagt sein, daß sie noch immer eine große Schauspielerin ist und nirgends größer erschien, als gerade als Marie Antoinette. Allerdings wiederum deshalb, weil hier die gräßlichen, erschütternden Szenen gehäuft sind, wie in keinem anderen Stücke. Denn wie das wahre Gesangsvirtuosenthum schließlich in blendenden Koloraturen und im hohen C seine besten Triumphe feiert, so geht dieses tragische Virtuosenthum von Anfang an auf die Kraftwirkungen derartiger Szenen aus. Die Italiener sind im Einen wie im Anderen. Zumal eine solche Miscellanee ist für uns Deutsche undenkbar. Man stelle sich nur vor: zuerst tritt die Ristori als Elisabeth von England auf und führt eine Sterbeszene vor, die in jeder Beziehung alle Schrecken der Wirklichkeit kopirt, ja so genau historisch ist, daß die Darstellerin sogar eine Nachbildung des Sterbehemdes trägt, welches noch heute von Elisabeth gezeigt wird. Der Vorhang fällt und der Zuschauer erholt sich allmählich bei einem Glase Bier von seinen Erregungen. Es klingelt. Wir sind in Schottland: Lady Macbeth hat ihre nächtlichen Visionen und von Neuem werden alle Dämonen der Verzweiflung losgelassen. Selbst für gesunde Nerven ein Bischen Viel!

Im Uebrigen ist vom Theater nichts Sonderliches zu berichten. Das Schauspielhaus hatte allerdings eine sogenannte Novität, den „Herzog von Mailand", ein Stück Philipp Massinger's, Shakespeare's jüngeren Zeitgenossen. Die deutsche Literatur ist nämlich (nämlich nach der Meinung unserer Generalintendanz) so arm, daß dergleichen literarische Kuriosa ausgegraben werden müssen. Ich befürchte, das Publikum wird daran wenig Geschmack finden und Ihre Leser werden auch nicht begierig sein, an dieser Stelle etwa eine gelehrte Abhandlung über das altenglische Drama, über die Stellung Shakespeare's zu seiner Zeit und über Massinger's poetischen Charakter im Vergleich mit anderen damaligen Dichtern zu finden. Nächste Woche zieht wiederum ein Gast im Schauspielhause ein, Frau Niemann-Seebach. Im Residenztheater gastirt Frau Gallmeyer. Ein hiesiges Blatt war ungalant genug, die Lebensjahre der drei berühmten Künstlerinnen, der Ristori, der Niemann-Seebach und der Gallmeyer zusammenzuzählen. Es kam ein Sümmchen heraus, erklecklich höher als hundert. Man sieht, die Muse des Dramas fragt nichts nach dem Taufschein und wenn die Damen ewig jung bleiben wollen, so ist ihnen dringend der Aufenthalt auf den weltbedeutenden Brettern zu empfehlen.

Glücklicher als das Schauspielhaus ist entschieden unser Museum mit seinen Ausgrabungen. Die herrlichen Skulpturen aus Pergamos, welche mit so viel List und Geschick erworben wurden, sind doch einmal ein reeller Ge-

mission prinzipiell von dem Vorschlage der Staatsregierung ab, daß sie der dritten Instanz einen größeren Raum gewähren will. Die Revision ist nach den Grundsätzen der deutschen Zivilprozeßordnung außer wegen grober Verstöße gegen gewisse formelle Vorschriften nur zulässig wegen Verletzungen eines Reichsgesetzes oder eines solchen Gesetzes, dessen Geltungsbereich über den Bezirk eines Oberlandesgerichts hinausreicht. Dies will die Staatsregierung auch für das Streitverfahren in Auseinandersetzungssachen einführen. Die Kommission ist aber in ihrer überwiegenden Mehrheit der Ansicht, daß, da gerade für Auseinandersetzungssachen Provinzial- und statutarische Rechte besondere Wichtigkeit haben, diese Rechte aber in den provinziellen Oberlandesgerichten besondere Kenner und Vertreter finden, in Auseinandersetzungssachen dagegen diese besondere Vertretung fehlt, weil die zweite Instanz von einem Zentralgerichtshofe, dem bisherigen Revisionskollegium späteren Oberlandeskulturgerichte zu Berlin entschieden wird, in Rücksicht aller dieser Umstände die dritte Instanz nicht an jene Schranke gebunden werden dürfe. Interessant ist dabei die Frage, ob nach dem Gerichtsverfassungsgesetze und nach der deutschen Zivilprozeßordnung und deren Einführungsgesetzen ohne besondere Zustimmung des Reichstags eine so erweiterte Kompetenz auf das Reichsgericht, welches auch in Auseinandersetzungssachen die dritte Instanz entscheiden soll, übertragen werden kann. Würde diese Frage verneint, und die Zustimmung vom Reichstage versagt werden, so bliebe als Ausweg, wie in anderen Fällen, auch hier, dem Kammergerichte zu Berlin die dritte Instanz für Preußen zu übertragen. Es kann übrigens mit Rücksicht auf § 3 des Ausführungsgesetzes zur deutschen Gerichtsverfassung und die im September cr. mit Zustimmung des Bundesraths erlassene kaiserliche Verordnung diese Frage schwerlich verneint werden. — Am vergangenen Freitag begann die zur Berathung des Entwurfs eines Feld- und Forstpolizeigesetzes gewählte Kommission die zweite Berathung. Gegen eine nicht unbedeutende Minderheit wurden die auf Milderung mehrerer Strafbestimmungen gerichteten Abänderungsvorschläge — Statuirung der Haft nur für den Unvermögensfall, Bestrafung nur auf Antrag des Berechtigten u. s. w. — abgelehnt, und hierbei selbst die in der ersten Berathung beschlossenen milderen Bestimmungen gestrichen. Bei § 10 hielt die Mehrheit der Kommission die gegen die Ansicht der Regierung in den Entwurf hineingebrachte Strafbarkeit des Gehens über unbestellte, nicht durch Tafeln 2c. geschützte Grundstücke nach langer und erregter Debatte aufrecht. Sonnabend wurde die Berathung fortgesetzt und die zweite Lesung beendet. Einen abermaligen lebhaften Kampf erregte die Strafbestimmung bezüglich des Sammelns von Kräutern, Beeren und Pilzen in Forstgrundstücken. Hierbei kam ein im Interesse der Provinz Hessen-Nassau gestelltes Amendement, welches für gewisse Arten von Waldungen dem Waldeigenthümer bezüglich der in Rede stehenden Waldprodukte Beschränkungen auferlegt wissen will, zur Verhandlung. Mit Recht wurde demselben entgegengehalten, daß, was für Hessen-Nassau zweckmäßig, ja nothwendig erscheine, nicht aber für die vielen andern Landestheile der Monarchie, nicht ohne Weiteres in den Entwurf aufzunehmen sei, daß es vielmehr angemessen erscheine, die in Hessen-Nassau dem Volksbewußtsein in hohem Maße widerstrebenden Bestimmungen des Entwurfs von der Geltung für diese Provinz auszuschließen. Die Vorschriften, betreffend die Höhe des Ersatzgeldes riefen mannichfache Abänderungsvorschläge hervor, theils zum Zwecke der Verschärfung, theils zum Zwecke der Milderung, doch verblieb die Kommission mit einer unwesentlichen Ausnahme bei den in der ersten Berathung beschlossenen Sätzen. Der von einem Abgeordneten vorgeschlagene Zusatz, nach welchem für Botaniker u. s. w. Ausnahmevorschriften erlassen werden sollen, nach denen die Betretung des Waldes und der Flur, welche zu wissenschaftlichen Zwecken erfolgt, unter dem Schutze polizeilicher Erlaubnißkarten freigegeben werden soll. Dieser Vorschlag fand keinen Anklang, weil die Bevorzugung einzelner Individuen, selbst zu wissenschaftlichen Zwecken unstatthaft erschien. Ohne Beanstandung endlich wurde das Verfahren über Forstkontraventionen, Waldfrevel, Schadensersatz und Ersatzgeld und Pfändungen wesentlich nach dem Entwurf aufrechterhalten.

— Aus London kommt die Nachricht, daß die von Hrn. Leutner gegründete Gesellschaft, welche sich die Hebung des „Großen Kurfürsten“ zur Aufgabe gemacht hatte, sich aufzulösen beabsichtigt. Die Leiter derselben scheinen demnach jetzt auch darauf zu verzichten, die übernommene Arbeit zu Ende zu führen.

— Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Hessen-Darmstadt geschrieben wird, hat der Finanz-Ausschuß der ersten Kammer im Widerspruch mit dem Votum des anderen Hauses beantragt, der Regierungs-Vorlage in Betreff des Verkaufs des hessischen Theils der Main-Weser-Bahn an Preußen, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Memel, 29. November. Die bereits telegraphisch ihrem Hauptinhalt nach mitgetheilte Erklärung des Kapitäns Schiller in der viel besprochenen Angelegenheit des „Dampfers „Falke“ verdient als Illustration zu der russischen Verkehrspolitik wohl in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Wir theilen das Aktenstück dieser im Wortlaut nachstehend mit. Kapt. Schiller schreibt im „Mem. Dampfb.“:

„Im verflossenen Frühjahre kaufte ich den früher zwischen Memel und Tilsit kursirenden Tour-Dampfer „Falke“ in der Absicht, mit diesem Boote Tour-Fahrten zwischen Tilsit und Kowno einzulegen, und zwar wollte ich solche Tage wählen, die von den beiden seit 1855 hier verkehrenden russischen Dampfböten „Nerys“ und „Kenstut“ unbesetzt waren, um dadurch dem Mangel einer täglichen Verbindung abzuhelfen. Behufs Erlangung der dazu nöthigen Konzession wandte ich mich mit Zustimmung der kownoer Lokalbehörden, bei denen das deutsche Konsulat auf meinen Wunsch vorher Erkundigungen eingezogen hatte, am 31. März d. J. mit einem Gesuch um Konzessionen an den Herrn Minister der Wege- und Wasser-Kommunikationen zu St. Petersburg, um mit Eröffnung der Schifffahrt meine Fahrten aufnehmen zu können. Ich wartete lange vergebens auf Antwort. Endlich ging mir am 10. Mai ein Schreiben von St. Petersburg mit der Aufforderung zu, unverzüglich einen 60-Kopekenstempel, den ich schuldig sein sollte, obgleich ich bereits 2 solcher Stempel meiner Bittschrift beigefügt hatte, einzuschicken, was ich auch sofort besorgte. Nun fuhr ich auf Anrathen eines russischen Unterthans mit meinem Dampfer nach Kowno; das Boot wurde untersucht, sowie der Tiefgang vermessen, worauf mir die dortige zuständige Behörde die Erlaubniß ertheilte, meine Tourfahrten zu beginnen, da dem russischen Gesetze nach kein Hinderniß im Wege stehe; jedoch sollte ich eine öffentliche Bekanntmachung erst dann erlassen, wenn ich die wirkliche Konzession bekommen hätte. Ich machte drei Reisen und wurde mir allseitig, besonders aber von dem Herrn Direktor und dem ganzen Personal des Zollamtes in Georgenburg, mit ausnehmender Liebenswürdigkeit begegnet; um so mehr muß ich es bedauern, wenn, wie es vielfach geschieht, gerade diesen Herren Schuld an dem ungünstigen Stand meiner Angelegenheit beigemessen wird. Am 20. Mai inhibirte eine Depesche des oben genannten Petersburger Ministeriums meine Fahrten nach Kowno mit dem Bemerken, daß mir der Grund später eröffnet würde. Dies geschah denn auch durch ein direktes Schreiben 16/28. Mai, welches in russischer Sprache abgefaßt war und in der Uebersetzung wie folgt lautet: „Das Ministerium der Wege-Kommunikationen. Departement für Chaussee- und Wasser-Kommunikationen. St. Petersburg, den 16 Mai 1879. Nr. 2894. Auf die Vorstellung des Preußischen Unterthans Albert Schiller vom 19/31. März dieses Jahres ist die Bittschrift in Betreff der Erlaubniß der Dampfschifffahrt auf dem Memelstrom dem Herrn Minister für Wege-Kommunikationen unterbreitet worden. Das Departement für Chaussee- und Wasser-Kommunikationen macht hiermit dem Hrn. Schiller bekannt, daß Seine Exzellenz sich nicht in der Lage befindet, dem gedachten Gesuche durch Befürwortung zu entsprechen, da nach den im russischen Reiche bestehenden gesetzlichen Bestimmungen das Recht der Dampfschifffahrt auf den Gewässern im Innern ausschließlich den russischen Unterthanen freisteht. Der Vize-Direktor. Der Bureauvorstand. Unterschrift. (unleserlich.) — Hierauf telegraphirte ich um die Erlaubniß wenigstens bis zur eigentlichen Grenze Georgenburg fahren zu dürfen, doch wurde ich auch darauf abschlägig von St. Petersburg beschieden. Diese Ablehnung der russischen Regierung erschien mir um so unbilliger, als die russischen Dampfböte seit 1855 auf unserer preußischen Seite von Schmalleningken bis Tilsit unbehindert, ohne einen Pfennig Abgaben zu zahlen, verkehren und der inländischen Schifffahrt große Konkurrenz machen; ich unterbreitete deshalb meine Angelegenheit am 5. Juni mit Unterstützung der Korporationen der Kaufmannschaften von Tilsit und Memel unserem Reichskanzleramte. Inzwischen lag ich mit meinem Boote brodlos mit täglich laufenden Kosten, nur auf Spazierfahrten, die bei den schlechten Zeiten sehr spärlich waren, angewiesen in Tilsit und mußte zusehen, wie die russischen Böte, stets gut besetzt, hin- und herkursirten. Endlich wurde mir in einem vom 19. September datirten Brief des deutschen Konsulats in Kowno mitgetheilt, daß mir der Minister der Wasserkommunikationen die Konzession zu den Dampfschifffahrten auf dem Niemenstrome verliehen habe; ich möchte mich nach Kowno begeben, um die vorgeschriebene Verpflichtungsverhandlung in der dortigen Wasserkanzlei zu unterschreiben. Augenblicklich beschäftigt, konnte ich diesem Wunsche nicht nachkommen und bat darum den deutschen Konsul, mir das betreffende Protokoll in deutscher Uebersetzung zu übersenden, um vor der Unterzeichnung Einsicht nehmen zu können. Die dortige russische Behörde hat dies jedoch verweigert, und erst der Energie unseres Herrn Ober-Präsidenten gelang es, dasselbe für mich auszuwirken, gleichzeitig wurden auch die Fahrten der beiden russischen Dampfer von unserem Ministerium inhibirt. Das Verpflichtungsprotokoll umfaßt 19 Paragraphen, davon lautet: § 7. Hinsichtlich der Zahlung der Gilden-, Strom-, Handels-, Zoll-, Stempel-, Schiffs-, Schifffahrts- und anderer allgemeiner und lokaler Abgaben verpflichte ich, der Eigenthümer des Dampfers, mich zur Erfüllung und Befolgung aller, sowohl allgemeiner, als auch mein Unternehmen betreffenden, jetzt im Reiche existirenden und in Zukunft zu erlassenden Regeln und Bestimmungen. Diese Abgaben würden sich nach angestellten Ermittelungen für mein Boot jährlich auf 672 Rbl. 30 Kop. belaufen. Der Dampfer muß die allgemein gebräuchliche, aus weiß, blau und rothen Langstreifen zusammengesetzte Handelsflagge (russische Flagge) führen. Daß es nicht die russischen Lokalbehörden gewesen sind, welche meinem Unternehmen hindernd in den Weg treten, bedarf nach diesen von dem russischen Kommunikations-Ministerium erlassenen Bestimmungen wohl keines weiteren Beweises.“

Das „Memeler Dampfboot“ begleitet den Abdruck des vorstehenden Schreibens mit folgenden Bemerkungen:

„Vorstehende Bedingungen kommen einem Verbote ziemlich gleich; bei solch hohen Abgaben ist gar nicht daran zu denken, daß eine Tour-Dampfschifffahrt auf dem russischen Niemen auch nur den allerbescheidensten Gewinn abwirft; die russische Regierung hat also die Ausübung der Konzession durch die an dieselbe geknüpften Bedingungen unmöglich gemacht, und was sie mit der einen Hand gegeben, mit der andern wieder genommen. Ganz abgesehen aber davon hat sie sich gleichzeitig, wir wollen uns gelinde ausdrücken, einer eklatanten Mißachtung unserer deutschen Nationalflagge schuldig gemacht, indem sie die Fahrten nur unter russischer Flagge gestattet und der „Falke“ unsere deutsche Flagge beim Uebertritt auf russisches Gebiet demnach hätte streichen müssen, während die russischen Dampfer bisher unbehindert mit der russischen Flagge auf dem preußischen Gebiete verkehrten. Darauf war allerdings die sofortige Inhibirung der Fahrten der russischen Dampfer auf der preußischen Strecke die einzig richtige Antwort, welche der Reichskanzler geben konnte. In Rußland schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß die Aufhebung dieses Verbots baldigst erfolgt: eine Petersburger Korrespondenz der heute eingetroffenen „Riga'schen Ztg.“ will bestimmt wissen, daß die „Falke“-Affaire preußischerseits baldige Erledigung finden wird. Wir glauben nicht, daß diese Erwartung sich so bald erfüllt. Der Reichskanzler hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, eine genaue Untersuchung der Niemen-Dampfschifffahrt angeordnet und wird, dessen dürfen wir überzeugt sein, nicht eher ruhen bis die Sache eine Deutschland wirklich befriedigende Lösung gefunden hat, d. h. die Russen müssen zum mindesten die von ihnen geübte Feindseligkeit gänzlich redressiren; es pflegt nicht Bismarcks Gewohnheit zu sein, eine Angelegenheit, die er einmal in die Hand genommen, ohne vollständige Genugthuung wieder fallen zu lassen, wenn dem deutschen Nationalgefühle so auffallend in das Gesicht geschlagen worden ist.“

Jedenfalls ging nach Obigem die Chikane nicht von untergeordneten Behörden, sondern von Petersburg selbst aus.

○ **Karlsruhe**, 30. November. Die badischen Kammern haben am Ende der vergangenen Woche ihre bei dem Beginn jeder Landtagsperiode üblichen Adreßdebatten gehalten. Man kann über den Werth dieser Nachahmung des englischen Vorbildes verschiedener Meinung sein; der Deutsche Reichstag z. B. hat sich die feierliche Form der Adresse zur Kundgebung seiner Ansichten für die außergewöhnlichsten Situationen reservirt. Immerhin aber hatten in Baden die diesmaligen Adreßdebatten doch eine größere Bedeutung, als die der bloßen Beobachtung einer überlieferten Gewohnheit. Baden ist lange Zeit, von den Einen in anerkennendem, von den Anderen in verhöhnendem Sinne, als „konstitutioneller Musterstaat“ bezeichnet worden. Dazu kommt, daß es wohl der einzige Staat in Deutschland ist, welcher seit nun fast zwei Jahrzehnten eine ausgesprochen liberale Regierung an seiner Spitze hat. Da ist es begreiflich, daß man auch weit über die Grenzen des kleinen Landes hinaus einigermaßen gespannt darauf war, ob und wie der in ganz Deutschland unleugbar sich vollziehende politische Umschwung auch

---

winn, und nicht, wie die Funde von Olympia, zum Besten Anderer ans Licht gebracht. Freilich so umfangreich, wie die „Times“ sie Anfangs darstellte, sind sie auch nicht. Aus jener üppigen Schilderung leuchtet indessen Eins mit großer Gewißheit hervor: Daß der Brite im Grunde Alles für sein Erb und Eigen hält und keinem Anderen auch nur das Geringste gönnt. Von Gottes und Rechts wegen müßte eigentlich Alles in's brittische Museum. Hoffentlich wird Deutschland noch recht oft und nicht nur auf diesem Gebiete den Herren Engländern zeigen, daß es auch am Platze zu sein gelernt hat. Nur in einer Hinsicht ist Manches in England besser aufgehoben. Es findet dort sein reichliches und vornehmes Unterkommen. Bei uns herrscht überall Raummangel, und selbst wenn zu irgend einem Zwecke eben ein neues Gebäude errichtet ist, muß schon nach einem Jahre eine Wohnung im Nebenhause hinzugemiethet werden. Die königlichen Museen nehmen gewiß unter den Prachtbauten Europa's nicht die letzte Stelle ein, aber sie sind längst so vollgestopft und überfüllt, daß man wohl oder übel daran gehen muß, endlich für eine Erleichterung zu sorgen.

Ich sprach oben von den Unbegreiflichkeiten der Theater-Zensur. Diese Unbegreiflichkeit macht sich indessen nicht nur dem Theater, sondern auch anderen Schaustellungen gegenüber geltend. Sie haben wohl schon von dem schrecklichen Ende gehört, welches der Thierbändiger Rice genommen. Weshalb gestattet die Polizei solche Produktionen? Die Antwort ist allerdings leicht: sie will sich nicht einer event. Kritik aussetzen. Und sie hat damit nicht unrecht: sind doch jene Vorstellungen so durch das Alter sanktionirt, daß auch ich keine Verdammung derselben vom Zaune brechen möchte. Allein eine solche Gelegenheit darf man doch nicht vorüber gehen lassen, ohne mit aller Energie darauf zu dringen, daß dieser Barbarei für immer ein Ende gemacht werde. Es darf nicht gestattet sein, unmittelbar mit dem Tode zu spielen. Jene grimmigen fleischfressenden Bestien sind für die Gesellschaft des Menschen nicht geschaffen; ich weiß nicht, ob es ekelhafter ist, wenn so ein armer Teufel für eine Mark Entre zerrissen wird, oder wenn die Tyrannen des Waldes ein paar Augenblicke ihre Natur verleugnen und winselnd vor der Peitsche am Boden kriechen. Mr. Rice wollte in seiner Menagerie „die Herrschaft des Menschen über die Thiere“ zur Anschauung bringen. Es ist ihm schlecht gelungen. Wer diese kennen lernen will, der gehe ins Affentheater — da treten doch wenigstens einigermaßen zivilisirte Verwandte unseres Geschlechtes auf — oder in den Zirkus, wo der edelste thierische Freund des Menschen, das Roß, seine Künste zeigt. Bemerkt muß noch werden, daß gerechter Weise das oben angeregte Verbot nicht nur gegen Schaustellungen mit wilden Thieren zu gehen hätte; auch jene halsbrechenden Künste, die ihren Vertretern fast immer zuletzt den Tod bringen, müßte man unterdrücken. Ohne Zweifel wäre damit ein kleiner Beitrag zur Sänftigung der menschlichen Sitten bewirkt. Oder wird das milde Gefühl des Erbarmens nicht unterdrückt, wenn wir uns daran gewöhnen, daß ein Mitmensch für unsere kurzlebigen Vergnügen seine Existenz einsetzt?

Inzwischen ist es Winter geworden. Die Einquartirung, welche den Großfürsten-Thronfolger von Rußland mitgebracht, ist nicht wieder davon gezogen, und auch der König von Dänemark nimmt trotz des süßen Gesanges der Patti den Eindruck mit, daß Berlin eine nordische Stadt. Nun, da der Christmond beginnt, läßt sich am Ende Schnee und Eis, Schlittschuh und rothe Nase vertragen. Man kommt da geschwinder vom Flecke, wenn es Weihnachts-Einkäufe zu machen gilt. Allüberall sind bereits die Läden für das wichtige Fest in Stand gesetzt; sogar bei Kroll bietet man schon auf die Weihnachtsausstellung dar. Nur eine trübe Nachricht geht durchs Land, die Christbäume werden in diesem Jahre sehr theuer sein. Schlimme Aussichten für die lieben Kinder — der Papa wird sich zwar mit dem Gedanken trösten, daß er einen Kleineren nimmt, als im vorigen Jahre und dann am Zuckerwerke sparen kann — schlimme Aussichten für die lieben Kinder.

H. H.

Jagdkalender und Wildleben im Monat Dezember.

Der Winter hat sein strenges Regiment angetreten: eine leuchtende Schneefläche deckt Wälder und Felder; erstarrt ist alles Leben in der Natur. — Der Morgen dämmert heran. Ein leichter Nebel lagert auf den Fluren; allmählich verschwindet er, durch die Kälte niedergedrückt, und hängt sich in zierlichen Krystallen als Rohrreif (Rauchfrost) an Bäume und Halme. Blutroth steigt die Sonnenscheibe über den Waldsaum empor und übergießt die zauberische Landschaft mit rosigem Lichte. Goldig erglänzen die Bäume; Millionen von Eisbrillanten glitzern an ihren Aesten im Sonnenschein. Tiefblau wölbt sich darüber der wolkenlose Himmel. Mit leisem Gezwitscher flattern Maisen und Ammern durch die Zweige, ihre kärgliche Nahrung suchend. Von Ast zu Ast hüpfend und pickend, bewegen sie die zarten, vom Schnee belasteten Zweige, daß Sternchen an Sternchen im Sonnenschein glitzernd herabfällt. Ein Baummarder mit seinem hellgelben Kehlchen schlüpft aus der hohlen Buche wo er seine Wohnung hat, hervor. Vorsichtig schmiegt er sich an den Stamm und schaut lüstern den davoneilenden Vögeln nach. Harmlos sitzt hier auf dem abgebrochenen Aste am Stamme einer mächtigen Kiefer ein Eichhörnchen, in der Morgensonne seine Toilette machend: plötzlich schreckend verschwindet es in dem dichten Wipfel. Melodisch knirscht der gefrorene Schnee unter den Füßen des Jägers, dessen Auge entzückt sich an der Winterpracht weidet, dem die Schneefläche eine Fülle von Jagdfreuden verspricht. Der weiße Pfad ist ja der beste Leithund, die Fährten des Wildes liegen offen da. Hier sind Rehe über den Weg gewechselt, dort die geschnürte Fährte des Fuchses und die bekannte Spur des Hasen, der am frühen Morgen auf dem alten Wechsel von dem Roggenfelde, auf dem er sich geäset, den schützenden Wald gesucht hat. Mit dem Winter ist auch des Wildes schlechteste Zeit gekommen. Tiefer, oft hart gefrorener Schnee erschwert ihm das Suchen der kärglichen Aesung, die leuchtende Schneefläche verräth es leichter den vielen nie rastenden Feinden. Daher des wahren Jägers Sorge jetzt der Schutz und die Pflege des Wildes sein wird: Schutz durch Abspüren und Abfangen des Raubzeugs, Pflege durch Verabreichung von Futter.

Nach dem Schongesetz vom 26. Februar 1870 darf in diesem Monat geschossen werden: Edel- und Damwild, Rehböcke, Ricken bis zum 15. d. Mts. Hasen, Kaninchen, Auer-, Birk- und Haselwild, Fasanen, Trappen, Enten, Gänse, Schnepfen, Schwäne und alles Raubwild. Mit der Jagd zu verschonen ist: Elchwild, vom 16. d. Mts. ab Ricken, Rehkälber, Dachs und Rebhühner.

Die Edelhirsche ziehen sich, in Trupps vereinigt, in die Nähe der neu angelegten Gehaue, oder in solche Waldgegenden, wo das Haidekraut sich häufig findet; ebenso die gemischten Trupps. Bei starkem Frost und tiefem Schnee ist für Futterung zu sorgen, die am besten aus Wiesenheu besteht.

Die Damhirsche sind wieder jagdbar; für ihre Fütterung ist gleichfalls zu sorgen.

Auch das Rehwild sucht jetzt die geschlossenen Waldungen und schützenden Dickichte auf. Die geringen Böcke werfen ihr Gehörn ab, starke Böcke setzen ihren Schmuck wieder auf und sind jetzt sehr feist.

Das Schwarzwild steht in der Rauschzeit. In heftigen und anhaltenden Kämpfen schlagen die Hauptschweine die schwächeren ab; ihr Wildpret ist jetzt ungenießbar.

in den parlamentarischen Verhältnissen Badens zur Erscheinung kommen würde. Die kleine, aber sehr rührige konservative Partei war bei den in diesem Herbst vorgenommenen Wahlen mit der sog. katholischen Volkspartei, die ihrerseits den nicht mehr ganz opportunen demokratischen Mantel bei Seite gelegt hatte, offen Hand in Hand gegangen. Man that, als könnte dieser Koalition der Sieg kaum fehlen. Die liberale Partei glaubte man durch die wirthschaftlichen Fragen gespalten. Zwischen ihr und der Regierung sollten allerlei Mißhelligkeiten bestehen. Der Großherzog sollte die Beendigung des „Kulturkampfes“ um jeden Preis verlangen, und das Ministerium sollte schwanken zwischen Abdankung und Erfüllung dieses Verlangens. Kurz, es war das Bild einer vollendeten Auflösung, welches die konservativ-ultramontane Presse von dem dermaligen badischen Regiment entwarf. Und ähnlich äußerten sich noch die Redner auf der vor 8 Tagen in Karlsruhe abgehaltenen konservativen Landesversammlung. Das Verdienst der Adreßdebatten, insbesondere derjenigen der II. Kammer, ist es, die Nichtigkeit dieses Bildes erwiesen zu haben. Die liberale Partei ist *nicht* gespalten; mit Leichtigkeit hat sie sich über den Adreßentwurf einigen können. Ein Zerwürfniß zwischen ihr und der Regierung ist *nicht* hervorgetreten; ein warmes Echo der Thronrede nannte der Staatsminister Turban die Adresse. Ein Schwanken in der Stellung gegenüber der katholischen Kirche hat die Regierung *nicht* erkennen lassen; der von den Ultramontanen und Konservativen mit allerlei Kaptivirungs-Versuchen umworbene Präsident des Ministeriums des Innern, Stößer, hat das unbedingte Gesetzgebungs-Recht des Staates und die Unerläßlichkeit des Gehorsams gegen die Gebote desselben mit einer Festigkeit betont, die alles Andere eher, als eine schwächliche Nachgiebigkeit verrieth. So bliebe den bitter Enttäuschten nur noch der beliebte Trost, daß man an höchster Stelle durchaus anders gesonnen sei. Aber auch dieses Manövers wird man sich nicht mehr bedienen dürfen, nachdem der Großherzog bei dem Festbankett gelegentlich der Eröffnung des Landtags sich jede Hereinziehung seiner Person in den Streit der Parteien höflich, aber sehr deutlich verbeten hat. — Sind also die Hoffnungen und Prophezeiungen der reaktionären Koalition in sich selbst zusammengebrochen, so hat die Adreßdebatte zugleich auf die wirkliche Lage eine hochinteressante Beleuchtung fallen lassen. Regierung und liberale Partei sind, bei aller Wahrung des staatlichen Rechtsstandpunktes, der katholischen Kirche gegenüber von aufrichtig versöhnlicher Gesinnung erfüllt; sie kommen der Kurie bis an die äußerste Grenze des Zulässigen entgegen. Die Stimme des Kampfes erscholl in den Debatten — abgesehen von der Rede des konservativen Frhrn. v. Marschall, der die I. Kammer mit den bekannten Uebertreibungen im Stile des „Reichsboten“ regalirte — allein aus den Reihen der Ultramontanen. Daraus mag man wieder einmal entnehmen, auf welcher Seite in Wirklichkeit das Bedürfniß einer Verlängerung des Konflikts zwischen Staat und Kirche vorhanden ist. Andererseits aber ergab sich auf's Neue die Thatsache, daß die bisherige Kampfpolitik im eigenen Lager der Ultramontanen auf wachsenden Widerspruch stößt. Bei der Abstimmung über die Adresse der II. Kammer hat sich, während die katholische Volkspartei als solche *gegen* dieselbe stimmte, nicht nur der Abg. Hansjacob, der sich schon im vorigen Jahre in der Examenfrage von seinen Gesinnungsgenossen trennte, sondern auch der neugewählte Abg. Baumstark, d. h. diejenige Kraft, auf welche die Ultramontanen die größten Hoffnungen setzten, des Votums enthalten. Man darf in diesem offenen Hervortreten ein Anzeichen erblicken, daß gerade unter den besten und einsichtsvollsten Katholiken die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit, ja der Verwerflichkeit des bisherigen Widerstandes an Boden gewinnt. Und auf dieses Anzeichen allein wird sich die Hoffnung auf demnächstige Wiederherstellung des Friedens gründen lassen.

Spanien.

[*Die Vermählung des Königs von Spanien*] mit der Erzherzogin Marie Christine von Oesterreich hat am Sonnabend in der glänzend erleuchteten Kirche von Atocha in Gegenwart des diplomatischen Korps und der Hof- und Staatswürdenträger stattgefunden. Das „Neue Wiener Tagbl.“ enthält einen ausführlichen telegraphischen Bericht seines Spezialkorrespondenten über die Hochzeitsfeierlichkeit, dem wir Folgendes entnehmen:

Gegen 9 Uhr Morgens hatten die Erzherzoginnen Eisabeth und und Christine mit den Hofdamen, Brautfräulein und dem übrigen Gefolge den Pardo verlassen. Gegen 10 Uhr im Marine-Ministerium angekommen, legten die Damen daselbst die letzte Hand an ihre festliche Toilette und hielten kurze Rast. Dann setzte sich der Zug der Hofwagen mit den Damen in Bewegung. Allenthalben waren die Balkone, die sich hier vor jedem Fenster befinden, mit Teppichen geschmückt. Als der Zug daselbst an der Kirche San Ginez vorüber kam, einem Bau in gefälligen Florentiner Styl, läuteten alle Glocken zusammen. Das Volk brachte unaufhörlich Vivas aus. Hunderte von Tauben, mit bunten Bändern geschmückt, wurden aus den Fenstern gelassen und schwebten fröhlich durch die Luft. Auf der Puerta del Sol war das Gedränge beinahe lebensgefährlich. Die Spalier bildenden Soldaten konnten die Menge kaum zurückhalten.

Bei dem Palaste des Herzogs von Medinaceli traf auch der Zug des Königs und seiner Familie und Hochzeitszeugen im Pardo ein. Derselbe hatte um dieselbe Zeit das Schloß verlassen, da die Erzherzogin aus dem Marine-Ministerium aufgebrochen war. Der königliche Zug fuhr beim Viadukte von Segovia, vor dem Gebäude des Staatsrathes an den hier errichteten Zuschauer-Tribünen durch einen stattlichen Triumphbogen, dann an den mit Fahnen und Teppichen geschmückten Gebäuden der Provinzial-Statthalterei und des Gemeinderathes vorbei, über die Puerta del Sol, durch die Calle San Geronimo, welche in der Nähe des Kongreßpalastes in den Pardo ausläuft.

Von hier gingen die beiden Züge nach der noch etwa zehn Minuten entfernten Atocha-Kirche. Der Platz vor derselben, eine sehr breite Allee, bot mit den prachtvollen Hofwagen, Staatswagen, den Equipagen aller der außerordentlichen fremden Gesandten, dem Gewimmel spanischer und fremder Uniformen vielleicht den großartigsten Anblick des ganzen Hochzeitszuges. Ein Piquet von Hellebardieren hatte am Eingange der Kirche Posto gefaßt.

Die Basilika de Atocha, von sehr unbedeutender, ja ärmlicher Architektur, besitzt ein sehr altes Bild der Muttergottes von Atocha, welchem zu Lieb' die Könige Spaniens, wenn sie nach längerer Abwesenheit zurückkehrten, hier Halt zu machen pflegten. Zwei Tribünen der Kirche, die auch königliche Kapelle genannt wird, sind für die königliche Familie bestimmt. Jeden Sonnabend Abend kommt die königliche Familie hierher, um einem feierlichen Salve anzuwohnen. Den beiden Seiten der Basilika entlang hängen erbeutete Fahnen aus früheren Kriegen. In einer Seitenkapelle befindet sich das eiserne mit Gold eingelegte Mausoleum des ermordeten General Prim, ein wahres Meisterwerk des berühmten Kunstgewerbes von Eibar. Maueranschläge versprechen Denjenigen, welche hier für Ausrottung der Ketzerei und für den Frieden unter den christlichen Fürsten beten. den nämlichen Ablaß, den man im Lateran zum Ro erhalten kann.

Heute war die Kirche mit rothem Damast spaliert und mit schönen Gobelins geschmückt, ihre Pracht wurde jedoch von den glänzenden Uniformen der offiziellen Persönlichkeiten überstrahlt, welche das Schiff des Gotteshauses füllten. Auf besonderen Tribünen hatten die Palastchefs, die Granden von Spanien, die auswärtigen Gesandten, die Parlamentskommission und die Journalisten ihre Plätze. Vor dem Chor standen vier Herolde. Die Damen waren fast Alle in weißen Mantillas erschienen. Endlich langt der Hochzeitszug an. Zuerst tritt der König ein, zur Seite der Erzherzog Rainer, dann folgt die Königin Isabella mit den Infantinnen, die Braut, Erzherzogin Christine, zu ihrer Rechten. Die Mutter der Braut, Frau Erzherzogin Elisabeth und der Herr Erzherzog Rainer waren sehr bewegt.

Als die Braut die Stufen zum Altar hinaufstieg, weinte sie laut und die Thränen der Mutter mischten sich mit den ihrigen. Erzherzog Rainer nimmt seinen Platz links, die Königin Isabella rechts vom Brautpaar.

Die Zeremonie der Einsegnung des königlichen Paares nahm als Prokaplan-Mayor des Palacio real und als Großalmosenier des Königs, Kardinal Benavides, Patriarch von Indien, vor. Ihm assistirte der päpstliche Nuntius, die gewöhnlichen Almoseniers, die Ehrenkapläne, der Kardinal-Erzbischof von Toledo, die Bischöfe von Havana und Avila, der Bischof in partibus von Aëropolis, sowie der Rektor der Atochakirche.

Der Patriarch richtete zunächst eine kurze Exhortation an das Königspaar. Dann stellte er das Interrogatorio an: „Quercis . . . liebt Ihr die hier anwesende . . . . „Os otorgais y le recibis?“ . . Verlobt Ihr Euch und nehm Ihr an?“ Der König und dann die Erzherzogin antworteten hierauf: „Si, quiero; si, otorgo; si, recibo.“ Dann übergab der Patriarch dem König in die offen dargestreckten Hände die anillos y arras: Ringe und Goldmünzen. Der König tauschte die Ringe mit der Erzherzogin und gab ihr das Geld mit den Worten: „Esposa, este anillo y arras os entrego (übergebe) en sunnal (zum Zeichen) de matrimonio.“

Das war die Kopulation. Der König und die Königin nahmen nun geweihte Kerzen in die Hände und während sie knieten, bedeckte der Patriarch das Paar mit einem Schleier. Hierauf folgte die sogenannte misa (Messe) por sponso y sponsa; und die ganze Feier schloß mit einem Salve an die Virgen von Atocha.

Nach beendeter Zeremonie fuhr der König und die Königin und alle Hochzeitsgäste unter den rauschenden Klängen der Militärmusiken und den Viva's der Bevölkerung nach dem Palacio real zurück, um die Truppen, denen hier die Königin zum ersten Male vorgestellt werden sollte, defiliren zu lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

? **Lissa**, 1. Dezember. [*Schwurgerichtssitzungen.*] Am dritten Sitzungs-Tage des hiesigen Schwurgerichts wurde gegen den Arbeiter Gregor Stelmaszyk aus Brziezie wegen Straßenraubes verhandelt. Er wurde schuldig erachtet und zu fünfjährigem Ehrverlust und fünfjähriger Gefängnißhaft verurtheilt. — Am vierten Sitzungstage hatte sich der Wirthssohn Anton Polaszek aus Konary wegen einer von der Anklage ihm zur Last gelegten vorsätzlichen Brandstiftung zu verantworten. Nachdem das Schuldig über ihn ausgesprochen war, wurde er mit einjähriger Gefängnißhaft bestraft. — Hiermit wäre die Sitzungsperiode abgelaufen, wenn nicht noch während dieser Zeit für den folgenden Tag die Verhandlung gegen den Arbeiter Martin Betowski aus Solkowice wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge anberaumt worden wäre. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und deshalb mit einem Jahre und sechs Monaten Gefängnißhaft bestraft, außerdem zur Tragung der Kosten des Verfahrens. — Vor den Schranken des Geschworenengerichts standen diesmal im Ganzen 7 Angeklagte, von denen einer freigesprochen wurde und die übrigen sechs zusammen mit 12 Jahren Zuchthaus und sieben Jahren 6 Monaten Gefängnißhaft bestraft wurden. Das höchste erkannte Strafmaß war siebenjährige Zuchthausstrafe und für eben so lange Zeit ausgesprochener Ehrverlust. Das höchste Strafmaß in Gefängnißhaft betrug fünf Jahre. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden in vier Erkenntnissen aberkannt.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 2. Dezember. Die Proposition der Regierung in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahn lautet: Für Stammaktien $6^1/_2$ pCt., für Aktien L. B. 4 pCt. in Konsols. Umtausch am 1. April 1884. Die Generalversammlung akzeptirt die Proposition von $6^1/_2$ pCt.

Chemnitz, 2. Dezember. Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet: Gestern Abend ist im zweiten Zwickauer Brückenbergschacht die Belegmannschaft durch schlagende Wetter verunglückt. Man befürchtet siebzig bis achtzig Todte. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.

Paris, 2. Dezember. Mehrere Journale versichern, die Minister hätten in der gestrigen Zusammenkunft bei Waddington beschlossen, von der Deputirtenkammer unverzüglich ein Vertrauensvotum zu verlangen. (Wiederholt.)

Petersburg, 2. Dezember. Die Nachrichten der auswärtigen Presse über die Ernennung Walujeff's zum Minister des Auswärtigen entbehren der Begründung. In Regierungskreisen ist nicht das Geringste davon zu hören. Gortschakoff suchte bisher nicht seine Entlassung nach; sollte er es thun, so scheint

---

Die *Hasen* sitzen auf den Sturzäckern, Saatfeldern und suchen bei starkem Frost die geschützten Wälder auf. Jetzt ist die rechte Zeit der Kessel- und Treibjagden.

Des *Fuchses* schlimmste Zeit ist nun gekommen; es giebt nicht nur schmale Bissen, sondern auch sein *Balg* ist gesucht und der Jäger scheut keine Mühe, den schlauen Buschklöpper zu überlisten. *Eisen* werden gelegt, Luderplätze errichtet, um den Schlaumeier zu *kirren*. Unruig, durch Hunger getrieben, trabt Reineke heran. Ohne Arg nimmt er die ersten *Vorwurfsbrocken* an, setzt sich, so oft er einen verzehrt, gemächlich nieder und wedelt mit der *Standarte*. Immer näher kommt er dem Abzugsbissen, doch auch um so behutsamer wird er. Er ist viel zu gewitzt, um sofort zuzugreifen; immer wieder und wieder *umkreist* er die als *Abzugsbrocken* benutzte Ente, die gar zu verlockend daliegt. Schon so manche ward ihm ein leckerer Bissen und so kann er der Versuchung nicht widerstehen. Behutsam nähert er sich dem Eisen, vorsichtig streckt er den Vorderlauf nach der Ente aus, kann sie jedoch nicht erreichen. Wieder eine Pause, in welcher er unverwandt lüstern den Bissen anstarrt. Endlich, wie in Verzweiflung, fährt er schnell zu — und ist mit der höchst unbehaglichen Halskrause geziert. Seine ganze Kraft wendet er an, sich zu befreien, boshaft *keckert* er vor Schmerz; es ist Alles vergeblich, bis der Jäger durch ein paar wohlthätige Schläge auf die Nase ihn für immer von seiner Angst und seinen Leiden befreit.

Auch die *Baum- und Steinmarder, Iltisse, Wiesel* und *Fischottern* müssen ihren werthvollen *Balg* zu Markte tragen. Die frisch gefallene *Neue* wird stets mit Erfolg zur Vertilgung dieses Raubzeugs benutzt werden. Zum Fang desselben bedient man sich ebenfalls der *Eisen* und der *Fallen*.

Was der Fuchs und das übrige Raubwild für die *Wildbahn*, das ist die *Fischotter* für die fischreichen Gewässer. Denn sie fischt nicht nur für den nothwendigen Bedarf, sondern *raubt*, was sie erlangen kann und läßt gesättigt, die Beute liegen. Gewandt schwimmt sie mit Geräusch dem Strome entgegen, um die Fische zu erschrecken und dann leichter zu erbeuten. Unbeweglich still kauert sie nach Katzenart beim hellen Mondschein am Ufer oder auf Steinen, die aus dem Wasser hervorragen. Wie ein Pfeil schießt sie blitzschnell den in die Nähe kommenden Fischen nach und fängt selten fehl. Unstät wandert sie umher, und hat deshalb verschiedene *Baue angelegt*. Das sicherste Mittel, ihrer habhaft zu werden, ist der Fang mit dem *Tellereisen*.

Der *Dachs*, dessen *Ranzzeit* vorüber ist, beginnt seinen *Winterschlaf*; er hat Schonzeit.

Das *Auer-, Birk-* und *Haselwild* hat sich in die tiefer gelegenen, geschützten Waldungen und Thäler gezogen. Die alten Auerhähne leben als *Einsiedler*.

Die *Trappen* leben in großen *Flügen* zusammen, *ziehen* bei starker Kälte und tiefem Schnee wohl auch südlich. Bei nebeligem Wetter *streichen* sie sehr niedrig.

Fasanen werden meist nur noch bei Treibjagden geschossen. Der *Hahn*, den man an dem langen *Spiel* und dem dunkleren Gefieder erkennt, läßt beim Laufen ein lautes Gackern, die *Henne* einen piependen Ton hören. Für Fütterung der Fasanen ist vor Allem zu sorgen.

Die *Rebhühner*, welche bei Schnee ganz besonders der Verfolgung der Raubvögel ausgesetzt sind, haben Schonzeit. Um den, in diesem Jahre leider so überaus geringen Bestand zu erhalten, muß ihnen um so größere Sorgfalt gewidmet, so häufig wie möglich Futter an geschützten Stellen, in *Remisen* und an Hecken, gestreut, auch der Schnee stellenweise von der Saat fortgeschaufelt werden. Auf das Netze- und Schlingenlegen ist besonders zu achten.

Wildgänse und *Wildenten* schießt man am besten auf dem *Einfall* an offenen fließenden Gewässern.

Nach abgehaltener Treibjagd unterlasse man es nicht, mit dem Hunde eine gründliche *Nachsuche* vorzunehmen, damit krankgeschossenes Wild nicht verloren gehe. Ebenso versäume man es nicht bei einer „*Neue*“ das Revier abzugehen, den Wildstand zu revidiren und dem *Raubzeug* nachzuspüren.

Welch wunderbar reizenden Anblick gewährt nicht dem Auge eine Winterlandschaft, zumal eine Waldlandschaft und doch von wie Wenigen wird er genossen. Schwer lastet der niedergefallene Schnee auf Bäumen und Sträuchern des Waldes, der sein köstliches Wintergewand angelegt hat. Klar glänzt der wolkenlose Abendhimmel. Die letzten Strahlen der untergehenden Sonne vergolden die Baumwipfel, tiefer Schatten lagert sich auf die Landschaft. Ein *Sprung Rehe* zieht über das Gehau, voran die alte *Ricke*, zuletzt der Bock, nur noch am *Pesel* kenntlich. *Vertraut* äsen sie von den Knospen und Brombeerblättern, verschwinden schließlich im Stangenholze, um auf der nahen Wintersaat unter dem Schnee nach *Aesung* zu suchen. Vorsichtig *schleicht* hier Reineke mit zu Boden gesenkter Nase auf der *Spur* eines krankgeschossenen Hasen, der sich am Fuße einer mächtigen Fichte *gedrückt* hat, deren Zweige unter der wuchtigen Schneebürde bis herab zur Erde sich neigen. Mordgier in den funkelnden *Sehern* bleibt er plötzlich unbeweglich stehen; ein gutberechneter Sprung — und der arme Lampe *klagt* jämmerlich. Doch Schlaumeier hat in seinem Jagdeifer den regungslos dastehenden, den ganzen Vorgang beobachtenden Jäger nicht vernommen, dessen Rohr schon auf ihn gerichtet ist und ihn im nächsten Moment niederstreckt. Durch den wiederhallenden Schuß aufgeschreckt, erheben sich jetzt ganze Schwärme von Krähen und Dohlen, die in den Baumwipfeln *aufgehockt* hatten und verlassen mit lautem Geschrei die verderbenbringende Nähe des Jägers, der froh über den glücklichen Schluß, mit der doppelten Beute heimkehrt. So hat auch der Winter seine eigenthümlichen Reize.

B.

---

* **Eine neue „ärztliche“ Anwendung des Telephons.** Bekanntlich wurden in amerikanischen Städten schon kurz nach Erfindung des Telephons industrielle Gesellschaften gegründet, welche es sich zur Aufgabe machten, in Privathäusern angebrachte Telephon-Vorrichtungen in eine einen ganzen Stadtbezirk durchästelnde Drahtleitung einzuschalten. Auch in Paris haben sich neuerdings Aktien-Gesellschaften gebildet, welche Telephon-Verbindungen durch ganz Paris herstellen wollen, so daß die Möglichkeit gegeben ist, sich auf telephonischem Wege mit seinen Bekannten zu unterhalten. Besonders in geschäftlicher Beziehung erhofft man mit dieser Neuerung bedeutende Erfolge zu erzielen. Wie weit in Amerika die Anwendung des Telephons im Privatverkehr gediehen ist, geht daraus hervor, daß z. B. in Chicago mehrere Aktien-Gesellschaften zur Verbreitung der Telephonie mit einem Zentral-Bureau bestehen. Die Einrichtungen wurden am 1. August 1878 eröffnet und trotz der Konkurrenz, welche die drei Gesellschaften sich machen, zählte das Zentralbureau am 15. Oktober 1879 doch 2000 Abonnenten. Besonders benutzt der ärztliche Stand in Amerika die telephonische Verbindung. Auf dem Zentral-Bureau vereinigen sich die Leitungen, und wenn ein Abonnent sich in augenblickliche Verbindung mit seinem Arzte oder irgend einer anderen Persönlichkeit setzen will, so hat er nur den telephonischen Sprachweg über das Zentral-Bureau zu nehmen. Wie weit diese Anwendungsweise geht, erhellt aus folgendem von der wissenschaftlichen Zeitschrift „The Electrician“ gemeldeten Vorfall: Eine junge Mutter schickt eine telephonische Botschaft während der Nacht an ihre Schwiegermutter, um diese zu bitten, sofort zu ihr zu kommen, weil ihr kleines Kind von einem Bräunehusten plötzlich befallen sei und sie rathlos dastehe. Die Schwiegermutter telephonirt sofort die Nachricht an den Hausarzt der Familie, und dieser telephonirt zurück, man möge die direkte Telephon-Kommunikation zwischen ihm und der Mutter des Kindes durch Zusammenschalten der Drähte bewerkstelligen. Der Arzt telephonirt nun dahin: „Lassen Sie das Kind bei dem nächsten Hustenanfalle *in das Telephon hineinhusten*.“ Die junge Frau gehorcht und der Arzt telephonirt zurück: „Es ist unnöthig, daß ich mich sofort zu ihnen begebe. Ihr Kind hat nur einen leichten katarrhalischen Husten, welcher mit Bräune nichts zu thun hat.“ Nachdem dieser „praktische“ Arzt auch die Großmutter auf telephonischem Wege versichert hatte, daß die Sache nicht so gefährlich sei, konnte die ganze Gesellschaft die Nacht in aller Ruhe in ihren Betten zubringen. — Wenn nicht wahr, doch hübsch erfunden!

Giers, der das auswärtige Ministerium den größten Theil des Jahres thatsächlich leitet, als Nachfolger zur Hand zu sein.

Petersburg, 2. Dezember. Durch Verfügung des zeitweiligen Generalgouverneurs von Petersburg ist die Todesstrafe Mirsky's in Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit, die 13 1/3 jährige Zwangsarbeit Tarchow's in zehnjährige Festungsarbeit umgewandelt worden. Die Milderung der Strafe wird durch die Minderjährigkeit der Verurtheilten, und deren volle Reue modifizirt. (Wiederholt.)

Moskau, 1. Dezember. Der Kaiser ist heut Abend 9 Uhr hier eingetroffen. (Wiederholt.)

Konstantinopel, 2. Dezember. Der Termin der Räumung von Gussinje und Plavna läuft am 12. d. M. ab. Mukhtar Pascha traf in Prizrend ein.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 2. Dezember, 7 Uhr Abends.

Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus setzte die Debatte fort. Position der Lokalpolizeiverwaltung. Haenel berührt die Mißstände der berliner Theaterzensur, erinnert an das Verbot des Stückes Maria Antonietta, kommt alsdann auf die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes und fordert den Minister auf, die Gründe der Maßregel darzulegen. Der Minister des Innern erwidert, er habe sich sorgfältig angelegen sein lassen, die Beaufsichtigung der Theatervorstellungen, soweit thunlich, sachverständig führen zu lassen. Er bedauert, daß durch das Verbot der Maria Antonietta das Gastspiel Ristori's beeinträchtigt worden, allein das Verbot sei durch die Mittel, welche der Tendenz des Stückes zum Ausdruck verhelfen, gerechtfertigt gewesen. Die Gründe, welche im vorigen Jahre zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes geführt, sind regierungsseitig wiederholt dargelegt und niemals bemängelt worden. Die Zustände des Vorjahres dauern fort; die lauten Verhöhnungen des Gesetzes und der Obrigkeit seien allerdings verstummt, jedoch seien die geheimen Agitationen gewachsen, und die alten Verbindungen mit dem Auslande werden fortgesetzt. Man möge nur einmal den Recheuschaftsbericht der Sozialdemokratie in ihrem in Zürich erscheinenden Organ betrachten. Der Minister verliest Stellen, worin der Stand der sozialdemokratischen Bewegung als ein vortrefflicher bezeichnet wird. Die Aufrechterhaltung des kleinen Belagerungszustandes sei unabweißbar; seien wir doch wenigstens vor den lauten friedensstörenden Kundgebungen der Sozialdemokratie seit Jahresfrist verschont geblieben. Ausweisung sei ja ein sehr hartes Mittel, aber das einzige, die gefährliche Agitation einzuschränken. Die öffentliche Meinung habe bisher den Bestrebungen der Regierung in ihren Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zur Seite gestanden, möge das auch ferner so bleiben, dann würden die angewandten Mittel schließlich nicht nur palliativ wirken, sondern zum bleibenden inneren Frieden führen. (Beifall rechts.)

In der weiteren Diskussion führte Windthorst Beschwerde über das tendenziöse Verfahren bei der Insertion der amtlichen Bekanntmachungen. Beim Kapitel: Lokal-Polizeiverwaltung nach den Anträgen der Provinzen beklagt Kantak die gehässige Handhabung des Gesetzes betreffs der Geschäftssprache der Behörden in der Provinz Posen. Der Minister rechtfertigt das Verfahren der Behörden als durchaus gesetzmäßig.

Kantak stellt Anträge auf authentische Interpretation des Amtssprachengesetzes in Aussicht.

Kapitel „Polizeidistrikts-Kommissarien in der Provinz Posen" wird nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Bei Kapitel „Landgendarmerie" plaidirt Meyer für Vermehrung der Landgendarmerie in den östlichen Provinzen. Das Kapitel wird genehmigt.

Weitere Berathung morgen.

Die Eisenbahn-Kommission vertagte die Berathung der Vorlage über den Bau der Sekundärbahnen bis nach Neujahr. Die Unterrichts-Kommission beschloß mit elf gegen zehn Stimmen über die Elbinger Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Schanksteuerkommission lehnte die Anträge, welche die Erhebung der Steuer fakultativ für die Gemeinden machen wollte, mit elf gegen sechs Stimmen ab.

Der „Reichs-Anzeiger" sagt, die Kaiserin hat dem Ausschuß der am 28. v. M. in Breslau stattgehabten Deligirtenkonferenz zur Berathung der durch die vaterländischen Frauen-Vereine gegen den Nothstand Oberschlesiens zu gewährenden Hilfsleistungen 1000 Mark überweisen lassen. Die „Nordd. Allg. Ztg." kann nach zuverlässigen Informationen alle Zeitungsmittheilungen über die angebliche Absicht der Regierung nach dem Erwerbe der Privatbahnen auch bedeutende Walzwerke in ihren Besitz zu bringen, für aus der Luft gegriffene Erfindungen erklären. Die „Germania" schreib: man will es hier und da auffallend finden, daß das Zentrum bei der gestrigen Berathung des Etats des Ministeriums des Innern über die in der inneren Verwaltung in Folge des Kulturkampfes hervorgetretenen Mißstände den betreffenden Minister interpellirte. Wir würden es auffallend finden, wenn das Zentrum diese seine Pflicht in der laufenden Session nicht eben so erfüllt hätte wie früher, denn aus Rücksicht auf die noch immer schwebenden Verhandlungen zwischen dem wiener Nuntius und dem preußischen Abgesandten kann wohl eine abermalige prinzipielle Erörterung der Frage der Aufhebung oder Revision der Maigesetze vertagt werden, aber die Art der Ausführung der leider noch unverändert fortbestehenden Kulturkampf-Gesetze, sowie die Mittel, womit die Verwaltung in ihren verschiedenen Instanzen und aus eigener Machtvollkommenheit oder Willkür die gesetzlichen Maßregeln zu suppliiren unternimmt, müssen unsere Abgeordneten, trotz aller Friedensverhandlungen, zur Sprache bringen, wenn sie dem Berufe eines Volksvertreters genügen wollen. Wenn zarte Gemüther eine Störung des Waffenstillstandes wittern, welcher dem Frieden vorausgehen muß, so kann diese Störung doch nicht denen zur Last gelegt werden, welche die Fortdauer des Krieges beklagen, sondern nur denen, welche die Feindseligkeiten thatsächlich fortsetzen resp. sie nicht energisch genug verhindern.

Die „National-Zeitung" bespricht die Angelegenheit des Dampfers „Falke", und scheibt: „Nach unserer Meinung kann davon gar nicht die Rede sein, daß die von deutscher Seite ergriffenen Retorsions-Maßregeln anders als nach Erlangung erträglicher Bedingungen für den Verkehr deutscher Dampfer auf dem Memelstrom wieder eingestellt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betheiligten für längere Zeit der Verkehrserleichterungen entbehren müssen, welche die russischen Tourdampfer ihnen verschaffen. Es muß dieser Verkehr für so lange eingestellt bleiben, bis die angedeutete Bedingung erfüllt wird. Einstweilen gewährt der eingetretene Winter eine geräumige Ueberlegungsfrist. Wir wollen hoffen, daß man die Zeit in Petersburg benützt und zweifeln nicht, daß die Interessen der deutschen Memelschifffahrt dort in nachdrücklichster Weise vertreten sein werden. Rußland hat selbst vertragsmäßigen Verbindlichkeiten, die ihm bezüglich der polnischen Grenzverhältnisse auflagen, Preußen gegenüber nicht erfüllt. Die Festsetznng des Vertrages von Kalisch, worin Rußland sich verpflichtete, Preußen eine militärische und geographische Grenze zu geben, welche die Verbindung zwischen Preußen und Schlesien herstellt, wurden ohne weiteres bei Seite geschoben. Die Bestimmungen des wiener Friedens bezüglich der Verkehrsbeziehungen der ehemals polnischen Landestheile, welche denselben eine privilegirte Stellung anweisen, behandelte Rußland stets als ungeschrieben. Man übertrage jetzt den Fall „Falke" auf den Rhein oder die Donau, um erkennen, was Deutschland hier geboten wird."

Pest, 2. Dezember. Im Unterhause wird das Resultat der gestrigen Delegationswahl verkündet; dasselbe entspricht der Kandidatenliste der liberalen Partei. Tisza legte das Gesetz betreffs Verlängerung des finanziellen Ausgleichs mit Kroatien auf ein Jahr vor.

Bukarest, 2. Dezember. Das „Amtsblatt" veröffentlicht ein Comunique des Finanzministers, in welchem erklärt wird, die Regierung werde kein neues Staatsanlehen emittiren. Es dementirt die böswilligen Gerüchte, welche betreffs einer neuen Emission von Hypothekenbillets und anderer gleichartigen Effekten verbreitet werden.

Vom Landtage.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 1. Dezember. 11 Uhr. Am Ministertische v. Kameke, Graf zu Stolberg, Graf zu Eulenburg, Bitter und mehrere Kommissarien.

Präsident v. Köller theilt mit, daß der Vorstand des Hauses Ihren königl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl zum Feste ihrer silbernen Hochzeit die Glückwünsche des Hauses schriftlich ausgesprochen habe.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Staatshaushaltes fort.

Beim Etat der Lotterieverwaltung bemerkt Röckerath: Das Lotteriespiel ist zwar eine Krankheit, deren Ausdehnung nicht zu wünschen ist. Wir können aber bei der jetzigen Finanzlage auf die dem Staate aus der Lotterie erwachsende Einnahme von 4 Millionen Mark nicht verzichten. Dem Spielbedürfniß der Bevölkerung genügt aber die Staatslotterie bei Weitem nicht. Daher bestehen noch viele Nebenlotterien. Unter diesen Umständen ist es dringend nothwendig, daß die Direktion der Lotterie das Recht zur Betheiligung an der Lotterie gesetzlich regelt. Den Inhabern von Loosen, welche in der vierten Klasse gezogen sind, wird zwar gewöhnlich ein Loos für die neue Serie gewährt, aber ein Rechtsanspruch auf den weiteren Bezug des Looses steht ihnen nach dem Geschäftsplane der Direktion nicht zu; sie sind also der Willkür der Lotterieeinnehmer preisgegeben, obwohl der Anspruch auf den weiteren Bezug von materiellem Werthe ist. Es muß ihnen also dieses Recht gesichert werden. Es muß ferner beim Bezuge von Loosen, deren Besitz erledigt ist, demjenigen, welcher sich zuerst gemeldet hat, ein Vorzugsrecht auf den Bezug gegenüber späteren Meldungen gewährt werden.

Kommissar Geh. Rath v. Lenz: Die Regierung beabsichtigt nicht die Initiative zu einer Erweiterung der Lotterie zu ergreifen. Das Weiterspielen eines einmal gespielten Looses kann dem Inhaber nicht garantirt werden; das würde ein Monopol für die Händler sein, die durch Mittelspersonen sich im Besitze der Loose zu erhalten wissen. Auch ist die Regierung zur Gewährung eines gesetzlichen Anspruchs auf den Weiterbezug nicht befugt. Die Einnehmer sind angewiesen, jedem Spieler, der bei Erneuerung des Looses zur vierten Klasse den Wunsch äußert, dasselbe in der nächsten Lotterie weiterzuspielen, binnen 10 Tagen nach der letzten Ziehung gegen Zahlung des Preises ein neues Loos zu geben.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird genehmigt.

Im Etat des Kriegsministeriums empfiehlt der Referent Rust die Genehmigung der im Extraordinarium ausgeworfenen 1 Million Mark zur anderweitigen Einrichtung des Zeughauses in Berlin gemäß dem Gesetz vom 17. März 1877.

Berger fragt ob die Regierung für die in diesem Gesetz beschlossenen Aenderungen mit den bewilligten Summen auskommen werde, oder ob Nachforderungen zu erwarten seien.

Kriegsminister v. Kameke: Wir hoffen bestimmt, daß die Mittel zur Herstellung alles dessen ausreichen, wozu sie bewilligt sind, so daß für die bis jetzt bewilligten Aenderungen Nachforderungen nicht in Aussicht stehen.

Zu Titel 8 der Ausgabe (zur Vervollständigung der Waffensammlungen 3200 Mk.) spricht v. Heeremann den Wunsch aus, daß bei der durch die Finanzlage gebotene Sparsamkeit das Ministerium darauf Bedacht nehmen möge, durch langsamere Vermehrung dieser nicht zu gewerblichen Zwecken dienlichen Sammlung den betreffenden Posten für die Zukunft aus dem Etat verschwinden zu lassen.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern. Die Einnahmetitel werden ohne Debatte bewilligt, bei Titel 1 der Ausgaben, Gehalt des Ministers 36,000 Mk., verlangt das Wort

Abg. Bachem: Schon im vorigen Jahre habe ich nachgewiesen, welchen Einfluß die kirchenpolitischen Kämpfe auf das Verhältniß des Beamtenthums zur Regierung, auf die Anstellung und Bestätigung der Beamten in westlichen Provinzen geübt. Es ist seitdem keine Besserung eingetreten, im Gegentheil, die letzten Dinge sind schlimmer als die ersten, und wenn auf einzelnen Gebieten vielleicht ein gewisses Maß von Entgegenkommen bemerkbar sein mochte, auf dem Gebiete der Verwaltung des Innern war das entschieden nicht der Fall. Ein Fall, über den auch schon im vorigen Jahre geklagt wurde, ist der des Bürgermeisters Wulff, desselben, der drei Mal zum Bürgermeister von Arnsberg gewählt und drei Mal nicht bestätigt wurde. Derselbe ist kürzlich abermals nicht bestätigt worden und zwar als unbesoldetes Mitglied des Magistrats von Münster. Der zweite noch drastischere Fall betrifft unseren Kollegen, den Abgeordneten und königlichen Kammerherrn von Spieß-Büllesheim. Derselbe ist vom Kreistag des Kreises Heinsberg zum Deputirten gewählt und hat die Bestätigung trotz Rekurses durch alle Instanzen nicht erhalten. Ein dritter Fall betrifft gleichfalls einen Kollegen, den Abgeordneten Dr. Fackeldey, ein Unikum insofern, als er 45 Jahre lang dem Stadtverordneten-Kollegium zu Emmerich angehört hat und trotz seiner großen und bleibenden Verdienste um diese Stadt als Bürgermeister derselben nicht bestätigt wurde. Alle drei Fälle schweben noch in der Ministerialinstanz und ich hätte vielleicht warten können bis zur Entscheidung durch den Minister, wenn sie auch noch ein Jahr auf sich warten läßt. Ich bringe aber diese Dinge jetzt schon zur Sprache, um im Anschluß daran an den Minister die dringende Bitte zu richten, doch den Berichten, die von ihm in solchen Fällen eingefordert werden, gegenüber eine gewisse Vorsicht walten zu lassen. Im Jahre 1878 bewarb sich der Reserve-Lieutenant Thoennessen um die Bürgermeisterstelle von Heinsberg. Am 9. Oktober erfolgte seine Wahl, und schon am 26. Oktober konnte ihm der in diesem Hause des öfteren genannte Landrath Löwe mittheilen, daß die Regierung zu Aachen seine Bestätigung versagt habe. Die Zeugnisse Thoennessen's, die ich eingesehen, waren günstiger, als sie sonst Jemand aufzuweisen hat, der sich um einen so bescheidenen Posten bewirbt. Warum ist er nicht bestätigt worden, welche Dinge spielten hinter den Coulissen? Landrath Löwe wollte der Gemeinde den zwei Mal abgelehnten früheren Bürgermeister partout wieder auf den Hals laden und steckte sich zu diesem Zwecke hinter seinen Kollegen, den Landrath v. Kempten, wo Thoennessen zwei Jahre thätig gewesen und der ihn zu seiner Bewerbung um die Bürgermeisterstelle ermuthigt hatte. Dieser Landrath nun stellte auf Wunsch Löwe's dem Thoennessen das Attest aus, daß er sich für die Bürgermeisterstelle nicht qualifizire. Solche Doppelzüngigkeit spielt mit, wo es sich um die Nichtbestätigung unbescholtener, tüchtiger Männer handelt.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Grundsätze, von denen ich bei Bestätigung von Kommunalbeamten wie bei der Anstellung von Staatsbeamten oder bei der Empfehlung solcher Bestätigungen an Allerhöchster Stelle ausgehen zu müssen glaube, habe ich in der vorigen Session ausführlich dargelegt. Diese Grundsätze sind nicht auf augenblickliche Verhältnisse berechnet, sie sind der Ausfluß dessen, was der Staat wahrnehmen muß in Bezug auf seine Beamten. Sie gehen wesentlich dahin, daß ich mich von der Qualifikation der Bewerber überzeugt halten muß und zugleich von ihnen eine loyale und bestimmte Ausführung der Gesetze und die Unterordnung unter dieselben erwarten darf. Daran muß ich jetzt wie damals unter allen Umständen festhalten. Daraus folgt für mich von selbst, daß ich die Berichte über dergleichen Angelegenheiten mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen möchte. Nun werden diese Berichte, wofür es der Versicherung eigentlich nicht erst bedarf, in der That mit der äußersten Sorgfalt geprüft. Aber der Andeutung, als ob ich mich auf die Berichterstattung der Behörden in dieser Beziehung nicht verlassen könnte, muß ich auf das Allerbestimmteste entgegentreten. (Beifall rechts.) Daß die Bestätigung der Herren Wulffen, von Spieß und Fackeldey in diesem Augenblick meinerseits noch nicht entschieden sind, hat der Herr Vorredner bereits gesagt und ich muß in der That, bis das geschehen ist, mir eine Aeußerung darüber vorbehalten. In Betreff der Bestätigung des Herrn Thoennessen in Heinsberg erinnere ich mich, Bericht gefordert zu haben: seine Qualifikation war nach vollkommen glaubwürdigen Zeugnissen darüber eine so zweifelhafte, daß es nicht wohlgethan sein konnte, die Bestätigung auszusprechen. Es ist also etwas, was mit dem sogenannten Kulturkampf zu thun hätte, in dieser Beziehung nicht vorhanden. (Unruhe im Zentrum.) Mir wird widersprochen? Ich habe davon nicht das Geringste erfahren, im Gegentheil gehört, daß man die Wahl des Herrn Thoennessen lediglich aus diesem Grunde nicht habe bestätigen können. Das sind die Thatsachen, und ich muß daran festhalten, daß sie richtig sind. Ob derjenige, der sich nachher über die Qulifikation des Herrn Thoennessen weniger günstig geäußert hat, ihm gegenüber eine andere Aeußerung gemacht hat oder nicht, das entzieht sich meiner Beurtheilung und wird auch wohl auf die Beurtheilung der Sache in der That nicht von wesentlichem Einfluß sein. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich kann dem Herrn Minister versichern, daß es mir sehr ungenehm ist, in diesem Augenblicke ihm entgegen treten zu müssen. Aber seine nach meiner Ansicht ganz ungenügende Antwort zwingt mich dazu. Der Minister sagt zu meiner Ueberraschung, der Fall von Spieß sei ihm nicht genügend bekannt; er liegt seit einem Jahre in der Ministerial-Instanz, und ein Mann, der die Ehre hat, Kammerherr Sr. Majestät zu sein, wird wohl auch dem Minister bekannt sein. Der Fall Thoennessen muß mindestens Veranlassung geben zur Anstellung einer Untersuchung darüber, wie es kommt, daß die Behörden den Leuten gegenüber sich anders erklären, als nach oben hin. Was den Fall Wulff betrifft, so behaupte ich rund und klar, er ist nicht bestätigt worden, weil er römisch-katholisch ist und den Muth hat, in die Kirche zu gehen. Die Nichtbestätigung ist lediglich Schuld des Regierungspräsidenten von Arnsberg und des Oberpräsidenten von Westfalen, die einen Haß gegen Alles haben, was katholisch ist. Unter solcher Anwendung geht die ganze kommunale Freiheit verloren. Fackeldey ist nicht bestätigt worden, weil er Mitglied der Zentrumspartei ist. Ich wiederhole mein Bedauern, gleich zu Beginn der Debatte über den Etat des Innern diese Fälle zur Sprache bringen zu müssen, und hätte gehofft, man wäre im Ministerium des Innern allmälig zu der Ueberzeugung gekommen, daß es Zeit sei, vom Kulturkampfe zurückzutreten.

Der Minister des Innern: Es macht mir den Eindruck, als ob es dem Herrn Vorredner gegangen ist, wie es in der Regel geht, wenn die Angelegenheiten nicht in Ruhe, sondern in Erregung behandelt werden. (Sehr richtig! Widerspruch im Zentrum.) Der Behauptung, daß der ehemalige Bürgermeister Wulff in Arnsberg nicht wieder bestätigt worden, weil er römisch-katholisch sei und in die Kirche gehe, fehlt jedes faktische Fundament. (Oho! im Zentrum.) Die Details solcher Bestätigungsangelegenheiten eignen sich nicht zur Erörterung in einer großen Versammlung, andererseits sind es nicht Dinge, die man zu verbergen braucht oder über die man nicht bereit sein sollte, Auskunft zu geben. Interessirt es Herrn Windthorst die Gründe zu erfahren, aus denen Herr Wulff nicht bestätigt ist, so bin ich bereit, sie ihm mitzutheilen. Es sind bestimmte Thatsachen, nicht allgemeine Anschauungen über seine Richtung, am allerwenigsten die, daß er römisch-katholisch ist und in die Kirche geht.

Abg. Miquel: Nach einem Zirkular-Reskript der Minister der Justiz und des Innern wird über diejenigen Polizeibeamten verfügt, welche auf Grund des deutschen Gerichts-Verfassungsgesetzes als Gerichtspolizei zu fungiren haben oder der Staatsanwaltschaft zu subsumiren sind. Der § 153, Abs. 2 überläßt es den einzelnen Regierungen, diejenigen Beamten zu bezeichnen, welche als Beamte der gerichtlichen Polizei der Staatsanwaltschaft zu unterstellen sind. Nun kommt die Zirkularverfügung von beiden Ministerien, und da wird weder der

Landrath, noch der Kreishauptmann, noch der Amtshauptmann, noch der Polizeirath an den kgl. Polizeipräsidien, wohl aber werden die Oberbürgermeister sämmtlicher preußischer Städte, ob groß oder klein, und zwar neben ihren eigentlichen Polizei-Kommissarien und Inspektoren als Beamte der gerichtlichen Polizei und Staatsanwaltschaft subordinirt, so daß sie allen Befehlen der Staatsanwaltschaft Folge leisten müssen, und persönlich mit polizeilichen Maßnahmen, Haussuchungen und Beschlagnahmen beauftragt werden können. Fast alle größeren preußischen Städte haben hiegegen bereits remonstrirt. Diese Bestimmung verstößt geradezu gegen den Geist, wenn nicht auch gegen den Wortlaut der Verfassung. Jedenfalls verträgt es sich kaum mit der Stellung eines Oberbürgermeisters, unter den ihm bis jetzt koordinirten Staatsanwalt, und zwar in gleicher Weise wie seine Polizeikommissarien, gestellt zu werden. Ich spreche hier keineswegs pro domo, denn der Umstand, daß Osnabrück eine städtische Polizeidirektion besitzt, hat mich der Staatsanwaltschaft nicht unterstellt, wohl aber sehr viele meiner Kollegen in Hannover.

Der Minister des Innern: Was das Rechtsverhältniß der vorliegenden Frage betrifft, so kann ich nicht zugeben, daß es dem Wortlaut oder dem Geiste des Gesetzes widerspricht, wenn die Ober-Bürgermeister als Gerichtsbeamte anzusehen sind. Mir hat bei der erwähnten Verfügung nichts ferner gelegen, als den Vorständen der größeren Städte etwas aufzuerlegen, war mit ihrer Stellung und Würde sich nicht verträgt. Die Gründe, weshalb diese Verordnung erlassen wurde, liegen in der Bestimmung der Städteordnung, wonach die Bürgermeister Beamte der Gerichtspolizei sind. Wenn die Regierung eine bestimmte Beamtenkategorie bezeichnen sollte, war es ganz natürlich, daß man sich an bestehende Rechtsverhältnisse anschloß und die Bürgermeister bezeichnete. Gegen diese Verfügung, insoweit sie das Unterstellen unter die Staatsanwaltschaft anlangt, sind allerdings von allen Seiten Remonstrationen eingelaufen, und ich bin deshalb mit einem Herrn Kollegen, dem Justizminister, sofort in Berathung über Abhilfe getreten; doch sind die Verhandlungen noch nicht vollständig zum Abschlusse gediehen. Im Wesentlichen wird die verlangte Abhilfe gewährt werden, natürlich mit der Einschränkung, daß zu untersuchen sein wird, inwieweit genügende Einrichtungen geschaffen werden können, um die Funktionen anderweit auszuführen.

Abg. v. Lyskowski bedauert, daß trotz der Zusage des Ministers bei seinem Amtsantritt, den Beschwerden der polnischen Bevölkerung abzuhelfen, die Nörgeleien der Polizei nicht ab-, sondern zugenommen hätten; so habe man ein Wahlkomité von 4 Personen, welches sich in einem Privatzimmer zu einer vertraulichen Besprechung versammelte, wegen Unterlassung der Anzeige dieser Versammlung angeklagt. Das passire keiner anderen Partei. (O doch! links.)

Abg. Berger behält sich vor in der dritten Berathung den Minister um Aufklärung darüber zu bitten, wie in einem bestimmten Fall eine moralisch unwürdige, oder doch mindestens zweifelhafte, auch technisch nicht fähige Person von den Behörden zur Bestätigung empfohlen werden konnte. Der Redner fragt dann den Minister, zu dessen Ressort die beiden Häuser des Landtags gehören (beiläufig eine seltsame Einrichtung, daß ein Faktor der Gesetzgebung vom Ministerium des Innern ressortirt), wann die Antwort auf die von dem Abgeordnetenhause angenommenen 43 Resolutionen und Beschlüsse eingehen werde; es sei vollkommen Zeit dazu, denn das Haus sei morgen 5 Wochen versammelt.

Der Minister des Innern: Ich würde dem Vorredner sehr dankbar sein, wenn er mir die Thatsachen des Falles, in welchem eine unwürdige Person als Kommunalbeamter bestätigt sein soll, genauer mittheilen wollte, ich würde sofort Remedur eintreten lassen und mich genau informiren, an wem die Schuld liegt, daß derartige Dinge nicht rechtzeitig zu meiner Kenntniß gelangt sind. Die übliche Uebersicht über die Entschließungen der Regierung auf die Resolutionen dieses Hauses wird binnen Kurzem vorgelegt werden.

Abg. Windthorst: Der Minister glaubte in meinem Vortrage eine Erregung zu bemerken; ich habe allerdings eine gewisse Lebendigkeit entwickelt, aber wenn man solchen Dingen gegenübersteht, spricht eben das Gefühl mit. Man spricht von einem Ende des kirchenpolitischen Kampfes und von Verhandlungen, deshalb müssen derartige Dinge abgestellt werden, wenn noch irgend welche Gerechtigkeit im Lande existirt. Ich bedaure, daß ich dem Minister gegenüber diese Erklärung abgeben muß; ich habe schon wiederholt meine Hochachtung ihm gegenüber bekundet, sie hat sich nicht vermindert; aber er muß im Lande und in seiner Umgebung Organe haben, die ihm helfen klar zu sehen. Die Fälle der Herren von Spieß und Fackeldey hat der Minister nicht erwähnt, ich schließe daraus, daß er sie in unserem Sinne entscheiden wird. (Heiterkeit.) Für die Befähigung des Herrn Thönnessen liegen mir die kompetentesten Zeugnisse vor; ich verlange nur eine gründliche Untersuchung durch einen unparteiischen Kommissarius. Bezüglich des Herrn Wulff sollte man offen und klar die Gründe abgeben, weshalb man ihn nicht bestätigt hat; wenn ich von der Erlaubniß, die Akten darüber einzusehen Gebrauch mache, so geschieht es unter der Voraussetzung, daß ich alles, was ich lese, Herrn Wulff und der Oeffentlichkeit mittheile. Ich will annehmen, daß der Minister die Aeußerung nicht so bös gemeint hat, und ich bitte ihn, es sich doch recht klar zu machen, ob es gerathen ist, das Rüstzeug des Kulturkampfes noch in aller Schärfe beizubehalten in dem Momente, wo man durch Verhandlungen den Glauben erweckt, daß man zu einem Frieden kommen will.

Minister Graf zu Eulenburg: Ganz gewiß haben die katholischen Unterthanen denselben Anspruch auf Gerechtigkeit, wie alle anderen Staatsangehörigen. Die Religiosität und der Kirchenbesuch irgend eines Mannes kann unter keinen Umständen ein Grund sein zu irgend welchen Nachtheilen und die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei wird für sich allein kein Grund sein, eine Bestätigung zu versagen. Es könnte in der Bemerkung des Abgeordneten Windthorst der Vorwurf liegen, daß ich den Anregungen, die von ihm oder seiner Partei ausgehen, weniger entgegenzukommen geneigt sein möchte, als den Anregungen von anderer Seite. Ich glaube mich in dieser Beziehung nur auf die Aeußerung des Abg. Bachem berufen zu sollen, der anerkannt hat, daß ich über die zur Sprache gebrachten Angelegenheiten alle nöthigen Nachforschungen habe eintreten lassen. Dies will ich auch diesmal thun, zusagen kann ich aber nicht, daß ich einen besonderen Kommissarius dazu absenden werde, denn ich habe gar keine Ursache zu einem Mißtrauen nicht bloß gegen die Wahrhaftigkeit, sondern auch gegen die Fähigkeit der Provinzialbeamten.

Abg. Bachem: Ich erkenne dankbar an, daß der Minister in diesen Fällen genauere Informationen eingezogen hat, allein man hat ihm nicht richtig berichtet, da sonst unzweifelhaft Remedur eingetreten wäre. Redner verliest darauf ein Zeugniß, welches dem Herrn Thönnessen von einem Bürgermeister, bei dem er gearbeitet, über seine Befähigung ausgestellt ist; der Landrath des Kreises Kempten habe ihm ebenfalls ein glänzendes Zeugniß behufs seiner Bewerbung für den Bürgermeisterposten ausgestellt (Hört!), nachher aber, um seinen Kollegen gefällig zu sein, sich anders geäußert. Dieses verächtliche Spiel hinter den Coulissen scheint der Minister nicht gekannt zu haben.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Konfession des Herrn Thönnessen hat bei der Angelegenheit gar keine Rolle gespielt, es hat sich lediglich um seine Qualifikation gehandelt, die bezweifelt wurde. Ob dies mit Recht geschehen ist oder nicht, darüber kann Zweifel sein. Es lag aber ein vollkommen genügender Ausweis vor, daß die Qualifikation mangelhaft sei. Ob bei der Ausstellung der Atteste den Beamten ein Vorwurf zu machen ist oder nicht, wird untersucht werden.

Abg. vom Heede nimmt den Regierungspräsidenten von Steinmann in Arnsberg gegen die von Windthorst gemachten Vorwürfe in Schutz; er selbst wohne in einer fast durchweg evangelischen Gemeinde Altena, und der Regierungspräsident habe aus freien Stücken einen streng katholischen Amtmann in derselben ernannt, der jeden Sonntag die 2½ Stunde entfernte katholische Kirche in Lüdenscheid besuche. Er habe dies nur gethan, weil er von der Qualifikation des Mannes überzeugt war; übrigens habe Herr v. Steinmann die Aeußerung gethan, daß er das Ende des Kulturkampfes herbeiwünsche.

Abg. Windthorst: Der Präsident von Steinmann hat seine Befangenheit im Kulturkampf und seine Abneigung gegen katholische Verhältnisse genügend dokumentirt. Hätte er den vom Vorredner bezeichneten Amtmann in einer katholischen Gemeinde angestellt, so würde ich das für ein gutes Symptom halten. Interessant wäre es übrigens zu erfahren, wann die Bestellung des Amtmannes und die zitirte Aeußerung erfolgt ist; denn allerdings in letzter Zeit wehte ein anderer Wind durch das Land.

Abg. vom Heede: Die Aeußerung liegt allerdings innerhalb der letzten drei Monate. (Heiterkeit.)

Das Ministergehalt, sowie das Gehalt des Unterstaatssekretärs wird genehmigt; dagegen werden 15,000 M. für einen neuen Ministerialdirektor gestrichen und nur 1500 M. für einen mit Wahrnehmung der Direktorial-Geschäfte betrauten Rath als Funktions-Zulage bewilligt.

Bei Kap. 84 „Statistisches Bureau“ wünscht Freiherr von Wendt, daß die Arbeiten desselben auf das Nothwendigste eingeschränkt werden, zumal ja über ihren Werth die verschiedensten Ansichten herrschen. Die Schulstatistik beruht auf den faktischen Zuständen von 1871, sie giebt aber auch noch nicht einmal an, wie viel Simultanschulen damals vorhanden waren, wie viel Simultanschulen damals vorhanden waren, wie viel evangelische Kinder katholische Schulen besuchten und umgekehrt. In der Statistik des Grundeigenthums fehlt die stufenweise Zusammenstellung über das Verhältniß der Größe zu der Zahl der Besitzungen. Aus der Forststatistik kann man noch nicht einmal ersehen, wieviel Privatforstgrundstücke in Preußen vorhanden sind, denn sie sind vermischt mit denen, welche Interessentgenossenschaften gehören.

Regierungskommissar Geh. Rath Herrfurth: Den Klagen wegen Ueberlastung der Beamten mit statistischen Erhebungen ist erstens dadurch abgeholfen worden, daß dieselben von der Verarbeitung dieser Erhebungen vollständig befreit worden sind, und daß möglichst wenig selbstständige preußische Erhebungen angeordnet werden. Jeder will zwar gern möglichst viel von der Statistik wissen, aber er will möglichst wenig für die Erhebung der Zahlen thun. Sollten die in der Kommunalsteuer- und in der Schanksteuer-Kommission erhobenen statistischen Forderungen allein erfüllt werden, so würde das statistische Bureau mit vermehrtem Personal auf Jahre hinaus damit beschäftigt sein.

Abg. Schmidt (Stettin): Es ist von vielen Beamten darüber geklagt worden, daß sie zeitraubende Arbeiten im Auftrage eines privaten „statistischen Bureaus“ ausgeführt haben, weil sie in die irrige Meinung versetzt wurden, es handle sich um den Auftrag einer königlichen Behörde. Die Zuverlässigkeit der preußischen amtlichen Statistik hat sich im Auslande einen wohlverdienten Ruf erworben.

Abg. Aegidi: Auf den frommen Wunsch des Vorredners nach einer Vereinigung der beiden statistischen Aemter des Reiches und Preußens möchte ich zur Erwägung geben, daß Faktoren im Reiche, mit denen jedenfalls gerechnet werden muß, eine nicht gerade starke Geneigtheit an den Tag gelegt haben, auf derartige Kombinationen einzugehen. Ich erinnere daran, daß in jüngster Zeit eine Angelegenheit in Frage stand, die noch viel mehr ins Gewicht fällt, und daß dabei eine derartige Kombination, die nach meinem Ermessen zweckmäßig und segensreich gewesen wäre, gescheitert ist an der Abneigung eben derjenigen Faktoren im Reiche, die ich hier wohl nicht näher zu bezeichnen brauche.

Abg. Windthorst: Die Verschmelzung der beiden statistischen Institute mag schwierig sein, aber ich halte sie für möglich, wenn man nur die Kompetenz der Reichsbehörden auf Kosten der preußischen etwas vermehren will. Gegen die umgekehrte Tendenz wehren sich natürlich die Reichsorgane und in den vom Abg. Aegidi angeführten Falle glücklicherweise mit Erfolg. Das wird zum Heile der Justiz gereichen.

Bei Kap. 85 „Meteorologisches Institut“, wünscht Abgeordneter Thilenius, daß endlich auch bei dem preußischen meteorologischen Institut die Beobachtungen auf Grundlage des metrischen Systems ausgeführt werden. Noch immer lese man die Temperatur nach Reaumur-Graden und den Barometerstand nach pariser Linien ab, während nicht allein das gesammte Ausland, sondern auch die Nachbarstaaten Baiern, Baden, Würtemberg u. a. längst zu der Zentesimaleintheilung übergegangen seien. Schon seit langer Zeit sei eine gründliche Reorganisation des Instituts in Aussicht gestellt worden; dieselbe sei wahrscheinlich bisher an der allgemeinen Finanzlage gescheitert.

Geh. Rath Herrfurth erkennt die Nothwendigkeit einer Gesammtreorganisation dieses Instituts an, die dazu nöthigen erheblichen Mittel seien aber bei der jetzigen Finanzlage nicht vorhanden. Hoffentlich werde der Plan demnächst zur Durchführung kommen können und damit zugleich die Einführung des metrischen Systems bei den Beobachtungen. Die dazu nöthige Aenderung sämmtlicher Instrumente würde erheblich mehr als 10,000 M. kosten, welche jetzt für diesen Zweck nicht disponibel seien.

Bei Kap. 87 „Standesämter“ klagt Abg. Borck über die mangelnde Rücksicht auf lokale und kirchliche Verhältnisse, mit welcher in seiner Heimath die Bildung von Standesamtsbezirke vorgenommen worden sei und bei der Auswahl der Standesbeamten sei man den tüchtigen Ortsvorstehern mit einem unmotivirten Mißtrauen begegnet.

Abg. v. Chlapowski beklagt sich, daß die Standesbeamten in Berlin absichtlich und gegen den Wunsch der Meldenden polnische Namen falsch schreiben.

Bei Kapitel 90 „Landräthe“ Titel 1 bemerkt der Referent von Heereman, daß in der Kommission Erörterungen über das Gehalt der Landräthe stattgefunden haben. Während ein Theil der Kommission im Einverständniß mit der Regierung die Nothwendigkeit der Gehaltserhöhung hervorhob, bekämpfte der andere Theil dieselbe mit Hinweis, daß für diesen Posten vorzugsweise geeignete Eingesessene des Kreises — denn es sei dieser kein reiner Regierungsposten — nicht so auf hohen Gehalt zu sehen brauchen.

Abg. Theissing bringt unter großer Unruhe und Heiterkeit des Hauses in sehr ausführlicher Weise einen Fall zur Sprache, wo in einem Städtchen Oberschlesiens die von den dortigen Liberalen in dem Gasthause des Ortes häufig insultirten und in ihrem behaglichen Genuß gestörten Ultramontantanen sich zu einem Geselligkeitsverein zusammengethan hätten, dessen Bestehen durch die Chikanen der dortigen Lokalbehörden, welche dessen Lokal stets als eine Restauration behandelten, gefährdet sei. Die Beschwerden bis in die Ministerialinstanz seien erfolglos geblieben.

Abg. v. Jazdzewski beschwert sich darüber, daß bei Wahlen in der Provinz Posen die Landräthe den Gebrauch der polnischen Sprache bei Wahlhandlungen und die Anstellung polnischer Wahlkommissare nicht dulden, sowie daß an einer Wahl Gefangene unter Aufsicht ihres Inspektors theilgenommen hätten.

Abg. Windthorst: Diese letztere Anführung ist für mich so frappant, daß ich ihr nicht Glauben schenken kann. Ich erwarte, daß der Minister erklärt, er würde in einem solchen Vorgang einen argen Mißbrauch der Amtsgewalt erblicken und werde eine Untersuchung eintreten lassen. Im Gehalt müssen die Verwaltungsbeamten mit den Justizbeamten gleichstehen, (Sehr richtig!), manche Verwaltungsbeamte scheinen freilich schon darin eine Ungerechtigkeit zu erblicken, daß die Justizbeamten auf gleiche Stufe mit ihnen gebracht sind; wo die Justizbeamten aber besser gestellt sind, bin ich auch für eine Erhöhung der Gehälter der Landräthe, denn ich wünsche, daß der Landrath gehörig situirt sei. (Eine Stimme rechts: Bravo! Heiterkeit.) Eine weit bessere Basis als im Gehalt würde die Autorität der Landräthe darin finden, wenn man Eingesessene aus den Verhältnissen herausgewachsene Männer in dieselben einsetzte. In neuester Zeit aber wurden statt dessen junge Assessoren bevorzugt. Es wäre jetzt an der Zeit, die alten Landräthe wieder in ihr Amt einzusetzen, das würde das Ansehen des Standes heben und zur Beruhigung der Gemüther beitragen. Ich hätte noch eine Reihe von Beschwerden vorzubringen über die Behandlung, welche die frommen Schwestern seitens der Landräthe theilweise erfahren haben und für welche ich keinen parlamentarischen Ausdruck habe. Man hat ihnen gedroht, sie wegen mangelnder Legitimation per Schub zu transportiren und dergleichen. Ich werde diese Beschwerden aber erst beim Kultusetat vortragen. (Hört! links.) Wundern Sie sich darüber nicht; der Kulturkampf dauert ungeschwächt fort, daher müssen die Klagen über unsere Schmerzen fort und fort ertönen.

Zu Titel 3, Kreis- und Amtssekretäre, bemerkt der Abg. Berger: Neben dem Landrathsamt ist das wichtigste das der Kreissekretäre, und wie mancher der jungen Landräthe, von welchen der Vorredner sprach, ohne die Kreissekretäre fertig werden würde, ist mir fraglich. (Heiterkeit.) Der Minister hat nun durch Verfügung vom 4. Februar d. J. angeordnet, daß die Kreissekretäre nicht mehr innerhalb des Regierungsbezirks, sondern innerhalb der ganzen Monarchie im Gehalt aufsteigen. Die Kreissekretäre, namentlich die der westlichen industriellen Bezirke, werden dadurch schwer benachtheiligt.

Geh. Rath Herrfurth: Die Regierungssekretäre stehen seit 1872 nicht mehr in erheblich höherem Gehalt als die Kreissekretäre; ihr Minimalgehalt ist gleich hoch und nur das Maximalgehalt um 300, das Durchschnittsgehalt um 150 Mark höher. Die Gleichstellung wurde hier schon früher beantragt, aber abgelehnt, weil die Regierungssekretäre durchschnittlich acht Jahre später in ihre Stellung gelangen als die Kreissekretäre, deren wichtige Stellung und Arbeitslast die Regierung nicht verkennt. Das Aufrücken durch die ganze Monarchie ist nach dem Beispiele der Postverwaltung, wo es mit gutem Erfolge durchgeführt wurde, auf Wunsch der Betheiligten bei allen Bureau- und Kanzleibeamten der Regierung eingeführt; obwohl dadurch Einzelne, die jung in's Amt gekommen und schnell avancirt waren, benachtheiligt werden, so haben doch wieder Andere davon Vortheil gehabt, und die Beamten haben diese Ausgleichung der Ungleichmäßigkeit als eine sehr dankenswerthe Maßregel mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Zu Titel 10 (Dienstaufwandsentschädigungen für die Landräthe u. s. w.) spricht der Abg. v. Wehr den Wunsch aus, daß diese Bezüge der Landräthe erhöht werden, da sie bei der jetzigen Höhe nicht ohne Zuschuß aus ihren eigenen Mitteln auskommen könnten.

Sämmtliche Titel dieses Kapitels werden genehmigt.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 2. Dezember.

— [Abendunterhaltung im Logen-Saale zum Besten einer Christbescheerung für arme Kinder.] Die gestrige Abendunterhaltung im Logensaale hatte einen ausgezeichneten Erfolg. Sämmtliche Billets waren vergriffen, und noch war gestern die Nachfrage eine sehr lebhafte. Ueber den Kunstgenuß des Abends werden wir noch ausführlicher berichten. Hier sei nur bemerkt, daß das Publikum den lebenden Bildern wie dem begleitenden Vortrage des Frl. Kühnau den lebhaftesten Beifall spendete. Die Wiederholung der Aufführung am Sonnabend wird gewiß keine geringen Zugkraft beweisen wie die gestrige. Dafür bürgt der Wohlthätigkeitssinn der hiesigen Bevölkerung und die gestrige Kunstleistung.

r. [Die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Schildberg] ist vom 1. d. M. ab dem bisher bei der hiesigen königl. Regierung beschäftigten Premierlieutenant a. D. v. Scheele übertragen worden.

r. [Regulirung der Warthe.] In den letzten Jahren sind sehr bedeutende Mittel dazu verwendet worden, das Flußbett der Warthe zu reguliren. Es geschah dies theils durch Legung von Querbuhnen, durch welche der Lauf des Flusses in zulässigem Maße eingeengt und dadurch genöthigt wurde, sich ein tieferes Bette auszuwühlen, theils vermittelst Durchstiche, theils auch durch Befestigung der Ufer mittelst Weidenmatten und durch sonstige Uferbauten, theils endlich durch Baggerungen mittelst Dampfbagger. Im diesjährigen Sommer wurde z. B. unterhalb der großen Schleuse zu Posen bis zum Schilling das linksseitige Ufer der Warthe, welches stets starken Abspülungen ausgesetzt war, und ebenso am Schweinemarkt zu Posen das rechtsseitige Ufer mittelst Weidenmatten befestigt; es wurden dabei dicht am Ufer aus Faschinen etwa 1 Meter starke Weidenmatten zusammengesetzt, alsdann ins Wasser hinabgelassen, und durch Belastung mit Steinen beschwert. Gegenwärtig ist im Regierungsbezirk Posen die Warthe von Posen abwärts bis zur Märkischen Grenze vollständig regulirt, so daß an den flachsten Stellen selbst beim niedrigsten Wasserstande noch ca. 1 Meter Fahrwasser vorhanden ist; auch wird durch öftere Baggerungen dafür Sorge getragen werden, daß das Fahrwasser diese Tiefe behalte. Von Posen aufwärts bis Schrimm ist die Warthe theilweise regulirt, während von Schrimm aufwärts bis zur polnischen Grenze zur Regulirung der Warthe bis jetzt erst wenig geschehen ist.

= **Graf Xaver Korczak Branicki,** der kürzlich in Syut in Oberegypten gestorben ist (s. Nr. 842 der „Pos. Ztg.“) hat sich auch auf literarischem Gebiete einen nicht unbedeutenden Namen gemacht. Von hervorragender Bedeutung sind folgende Werke des Verstorbenen: L'impôt sur le capital, libérateur de la contribution de guerre. Paris 1871; Libération de la France par un impôt sur le capital. Paris 1871; La politique du passé et la politique de l'avenir. 1876. Sein letztes umfangreiches Werk, eine Beantwortung der Frage: „La Russie sera-t-elle catholique“ die im Jahre 1856 vom Jesuiten-Pater Gagarin, dem Jugendfreunde Branicki's, in einer Broschüre gestellt und bejahend beantwortet wurde, erschien vor einigen Monaten bei Dentu in Paris unter dem Titel: „Les nationalités slaves“. In diesem in einer wahrhaft klassischen Sprache geschriebenen Werke zeigt Graf Branicki, daß sich Pater Gagarin in seinen Schlüssen geirrt habe, denn es sei wohl möglich, daß einst ein geringer Bruchtheil des russischen Volkes zur römisch-katholischen Kirche übergehen, daß jedoch „der philosophische Glauben eines Socinus, Channing und Coquerel ein weit größeres Feld vorfinden werde, da die zwölf Millionen Sektirer, welche heute die russische amtliche Statistik aufweist, ganz auf dem Boden dieses philosophischen Glaubens stehen.“ Außerdem enthält das Werk eine sehr eingehende historische Schilderung der Entstehung des Nihilismus und einige wichtige historische Reminiscenzen, die bis jetzt unbekannt waren. Graf Branicki hat sich übrigens im Laufe dieses Jahres die Feindschaft der Ultramontanen, — namentlich bei uns, — dadurch zugezogen, daß er das Werk des Rabbiners Solwiejczyk: „Kol-Kore“ in's Polnische übersetzt, auf seine Kosten herausgegeben und dem Monsignore Czacki (damals noch Vorsitzender der Kommission des „Index librorum prohibitorum“) dedizirt hat. Hier sei noch bemerkt, daß Graf Branicki im vor uns liegenden Werke: „Les nationalités slaves“ das ihm vom Kaiser Nikolaus I. konfiszirte Vermögen

auf 15 Millionen Franks beziffert, und daß sogar der Nießbrauch seiner Mutter der Konfiskation unterlag. Außerdem war er auch für Lebenszeiten, ohne Urtheil und Recht, durch bloßen Machtspruch des Kaisers, in die Bergwerke Sibiriens verbannt worden, weil er auf Grund bestehender Gesetze sich in Galizien naturalisiren wollte.

— **Personalveränderungen** bei der k. Generalkommission für die Provinzen Pommern und Posen. 1. Pensionirt sind: der General-Kommissions-Präsident Möser, der Oekonomie-Kommissionsrath Hansmann zu Meseritz. 2. Ernannt sind: der Geh. Revisionsrath Schwarz zu Berlin zum Präsidenten und Dirigenten der General-Kommission, der Feldmesser Kirchhof zu Schlawe zum Vermessungs-Revisor. 3. Versetzt: der Regierungsrath Siber zur General-Kommission Frankfurt a. O. der Oekonomie-Kommissionsgehilfe Meyer von Ostrowo nach Lissa. 4. Als Kreisverordnete sind bestätigt: a) der Rittergutsbesitzer von Maltzahn für den Demminer Kreis. b) der Rittergutsbesitzer Pretzell auf Heyde für den belgarder Kreis, c) die Rittergutsbesitzer Vogel zu Ublingen und Zimdars zu Klein-Massow, sowie der Gutspächter v. Resin zu Groß-Schwichow, für den Kreis Lauenburg, d) der Gutsbesitzer Heydemann zu Cutzow und der Oberamtmann Drenkhahn zu Pudagla für den Kreis Usedom-Wollin, e) der Gutsbesitzer Wirth zu Plöttke für den Kreis Kolmar i. P.

r. **Major Schmoller,** welcher vor etwa einem Jahre von Memel als Ingenieur-Offizier vom Platz nach Posen versetzt, und vor einem Monat pensionirt wurde, hat in diesen Tagen seinen Wohnsitz von hier nach Baden-Baden verlegt.

r. **Beim Bau des Oberlandesgerichtsgebäudes** sind nunmehr, seitdem die strenge Winterkälte eingetreten ist, auch die Erdarbeiten eingestellt worden, nachdem die Maurerarbeiten schon vor einigen Wochen aufgehört hatten.

— **Preußische Klassen-Lotterie.** Die Ziehung der 3. Klasse 161. Königlich Preußischer Klassen-Lotterie wird in Berlin am 9. Dezember d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungssaale des Lotterie-Gebäudes ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotterieplans, unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 2. Klasse, bis zum 5. Dezember d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts einzulösen.

— **Sekundärbahn.** Einem aus den Kreisen Wongrowitz, Schubin und Bromberg behufs Herstellung einer Eisenbahn von Bromgerg über Schubin, Exin-Wapno, Wongrowitz nach Rogasen gewählten Komite ist zu Händen seines Vorsitzenden, des Rittergutsbesitzers und Landrathsamts-Verwesers von Unruh zu Wongrowitz, die Genehmigung zur Anfertigung der bezüglichen generellen Vorarbeiten ertheilt worden.

— **Zu Kotlin** wird am 1. Dezember d. J. eine mit der kaiserl. Ortspostanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Bekanntmachung.

Der von der Reichsbankhauptstelle zu Posen unter dem 31. Juli 1879 ausgestellte Depositalschein Nr. 159 über ein mit 5 Siegeln versehenes und mit dem Namen **„Voigt,** Premier-Lieutenant" überschriebenes Paquet ist angeblich verloren gegangen.

Auf den Antrag des Premier-Lieutenant **Voigt,** wird der Inhaber dieser Urkunde aufgefordert, spätestens in dem vor dem unterzeichneten Amts-Gericht in dem Geschäftszimmer Nr. 5 des Amtsgerichtsgebäudes am Sapiehaplatz

am 15. Juni 1880,

Vormittags 11 Uhr,

anberaumten Termine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls letztere für kraftlos erklärt werden wird.

Posen, den 25. November 1879.

Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Handelsregister.

In unser Gesellschaftsregister ist unter Nr. 346 zufolge Verfügung von heut eingetragen die seit dem 2. Dezember 1879 in Posen bestehende Handelsgesellschaft

Gebr. Hepner & Co.

Die Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft und sind die beiden persönlich haftenden Gesellschafter

a) der Kaufmann **Salomon Hepner,**
b) der Kaufmann **Felix Hepner,** beide in Posen.

Posen, den 2. Dezember 1879.

Königliches Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Nothwendiger Verkauf.

Das in **Maniewo** belegene, im Grundbuche von **Maniewo** unter Nr. 31 eingetragene Grundstück, gehörig den Wirth **Joseph** und **Josepha,** geborne **Tomaszewska Mohsanz**'schen Eheleuten als eingetragenen Eigenthümern, welches mit einem Flächen-Inhalte von 84 ha, 40 a, 99 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 411,77 Thlr. oder 1235 M. 31 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerth von 210 Mark veranlagt ist, soll im **Zwangsverfahren**

den 31. Dezember d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im großen Sitzungssaale des hiesigen Königlichen Amtsgerichts versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 2. Januar k. J.,

Vormittags um 11½ Uhr,

an vorgenannter Stelle öffentlich verkündet werden.

Obornik, am 22. Oktober 1879.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem Arbeits- und Landarmenhause zu Kosten werden Federn zum Reißen in jedem Quantum angenommen.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die Lieferung der für die Werkstätten der Oberschlesischen Eisenbahn zu **Breslau, Posen** und **Ratibor** im Jahre 1880 erforderlichen **circa 2000 cbm. kiefernen Bretter und Bohlen** sollen im Wege der öffentlichen Submission verdungen werden.

Die Offerten sind mit der Aufschrift:

„Offerte auf Lieferung von Kieferhölzern" bis zum Submissionstermine am

Freitag,
den 19. Dezember d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

versiegelt und portofrei an unser maschinentechnisches Bureau einzureichen, wo dieselben in Gegenwart der persönlich erschienenen Submittenten eröffnet werden. Später eingehende Offerten bleiben unberücksichtigt.

Sämmtliche Kiefer-Bretter und Bohlen, welche in **frisch geschnittenem Zustande** geliefert werden können, müssen in der Zeit vom 1. März bis ult. Mai k. J. in monatlich gleichen Raten geliefert werden.

Im Uebrigen liegen die Lieferungsbedingungen in unserem maschinentechnischen Bureau zur Einsicht aus, auch können von dieser Dienststelle Exemplare derselben auf portofreie Gesuche gegen Erstattung der Kopialien mit 1 Mark pro Exemplar entnommen werden.

Breslau, den 27. November 1879.

Königliche Direktion.

Preußisch-Thüringischer Verband.

Mit Gültigkeit **vom 1. Dezember 1879** bezw. **vom 15. Januar 1880** ist zum Preußisch-Thüringischen Verbande ein Nachtrag IV. herausgegeben worden, welcher neue bezw. anderweite Frachtsätze für Luckenau und Sondershausen, sowie Ausnahme-Frachtsätze für Holz nach Halle Th. B. und für Salz nach Sosnowice enthält. Druckexemplare sind auf den Verbandstationen käuflich zu haben.

Breslau, den 29. November 1879.

Direktion d. Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.
Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen am 30. November 1879.

Activa: Metallbestand Mark 717,360, Reichskassenscheine M. 550, Noten anderer Banken M. 28,200, Wechsel M. 4,402,620, Lombardforderungen M. 1,001,000, Sonstige Aktiva M. 625,650.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservefonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 1,692,000, Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 4070. An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten M. 926,430. Sonstige Passiva M. 178,640. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 452,430.

Die Direktion.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mein

Restaurant und Weingeschäft

von Wilhelmsstraße 28 nach

Wilhelmsplatz 18

verlegt habe und mit dem heutigen Tage eröffne.
Um geneigtes Wohlwollen bittet

Hochachtungsvoll und ergebenst

Albert Dümke.

Weihnachts - Collectionen.

Auch in diesem Jahre habe ich, um den Einkauf für Weihnachten zu erleichtern, Partien von **Jugendschriften** und **Bilderbüchern** zusammengestellt, die ich zu ausnahmsweise billigen Preisen verkaufe, und zwar empfehle ich:

a) **für das Alter von 4—7 Jahren** 6 große Bilderbücher, darunter mehrere in Quart-Format (Neuestes Thierbilderbuch, Thierbilderbuch für die Jugend, lustiges Bilderbuch ꝛc.) von denen ein einzelnes fast den Werth von 3 Mark hat,

zusammen für nur 3 Mark;

b) **für Kinder von 7—14 Jahren** 6 starke illustrirte Jugendschriften (Cooper, Lederstrumpf-Erzählungen, durch Urwald und Prairie, Musaeus, Volksmärchen ꝛc.), welche zusammen im Ladenpreise 15 Mark kosten

für nur 6 Mark.

Da die hierzu bestimmten Vorräthe nur sehr gering sind, bitte ich, mir Bestellungen recht bald zuwenden zu wollen. Auswärtigen Käufern gestatte ich, Nichtconvenirendes innerhalb 3er Tage einzutauschen.

Joseph Jolowicz, Buchhandlung,
4 Markt 4.

Kapitalien

jeder Höhe auf Posener Grundstücke und auf Güter nach Landschaft sind billigst zu verleihen durch

Bernhardt Asch.

Englisch.

Gram., Lecture und Conversation ertheilt an Damen und Herren

Frau **Müldaur,**
Mühlenstraße 26.

Neue Anerkennung

über die vorzügliche Wirkung meines **Mittels gegen die Trunksucht.** Herr L. H. in E. (Hannover) schreibt: „Ein jeder Mensch freut sich die Familee gerettet zu sehen, wenn der Weg nicht so weit wäre, würden Frau und Kinder persönlich ihren Dank gegen Sie abstatten, so aber sage ich Ihnen im Namen der Frau und Kinder meinen Dank u. s. w." Wegen Erlangung dieses Mittels zur Beseitigung der Trunksucht, welches **auch ohne Wissen** des Leidenden angewendet werden kann, wende man sich mit vollem Vertrauen an **Reinhold Retzlaff,** in Dresden.

---

2 möbl. Zimmer sind St. Martin Nr. 36 im Vorderhause, 2 Treppen, [illegible] links, zu vermiethen.

Kanonenplatz 7

ist in der ersten Etag eine elegant eingerichtete Wohnung von 3 Zim., Entrée ꝛc., welche sich auch zum **Komtoir** eignet, sofort oder p. 1. Januar f. billig z. verm. Näh.. das.

St. Adalbert 26 ist eine Part.-Wohnung mit Wasserleitung, drei Zimmer und Küche per 1. Januar zu vermiethen.

St. Martin 27

eine elegante Wohnung mit Pferdestall sofort zu beziehen.

Ein erfahrener **Konditorgehülfe** findet sofort Stelle bei

S. Soboski,
Posen, Neuestraße.

Ein ordentlicher, unverheiratheter **Kutscher,** der womöglich Kavallerist gewesen, findet in **Elsenau** bei **Kurnik** um 1. Jan. oder 1. April fut. Stelle.

Ein anständiger Mann (Conditor) und Vater von 2 Kindern, der sich mit Fleiß, auch in andern Fächern versucht hat, dem aber das Unglück auf den Seinigen so verfolgt hat, das er nicht im Stande ist, vom Geschäft sich und seine Familie zu erhalten, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse seiner früheren Thätigkeit, irgend eine angemessene Stellung, womöglich für bald. Gef. Offerten besorgt die Expedition der Posener Zeitung unter Nr. 100 P. S.

Einen Lehrling

mit guten Schulkenntnissen, beider Landessprachen mächtig, sucht zum 1. Januar 1880 die Colonialwaaren-Handlung von

H. Hummel,
Breslauerstr. Nr. 9.

Ein Landwirth, 30 J. alt, verh., 1 Kind, der poln. Sprache zum Verständniß mächtig; Frau kann der Haus- und Milchwirthschaft vorstehen, seit 1866 beim Fach, augenblicklich noch in Thätigkeit, sucht zum 1. Januar 1880 Stellung als Inspektor, Rechnungsführer, Ziegelei-Aufseher oder Verwalter. Gef. Off. unter W. A. in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein kaufmännischer **Förster** wird zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten mit Attesten werden unter A. R. 15 an die Exp. der Posener Zeitung erbeten.

---

1 gepr. Kindergärtnerin, ev., musik., bestens empfohlen, sucht Neujahr Stellung durch Fr. **Auras, Breslau,** Teichstr. 28.

Ein Gärtner mit guten Attesten sucht Stellung per 1. Januar oder später. Gute Kinderfrauen und Wirthinnen fürs Land können sich melden. Das Nähere durch Frau **Caarth,** Wilhelmsstr. 20.

Ein Heizer

findet sofort Beschäftigung bei

Franz Rabbow,
Gr. Gerberstr. 25.

Zum 1. Januar suche eine

Wirthin,

die deutsch u. polnisch spricht, selbstthätig ist u. Milchwirthschaft, Wäsche u. Bäckerei gründlich versteht. Gehalt 150 Mk., nach Leistung mehr. Meld. u. Beif. d. Zeugn. unter **A. B. Sulencin,** Reg.-Bez. Posen.

Ein Hauslehrer,

ev., sucht zum 1. Januar 80. Stell. Unterr. in Lat., Franz. u. Musik w. erth. Off. sub Chiffre **J. B. 92** befördert die Expedition der Zeitung.

Ein tüchtiger

Buchbinder-Gehilfe

kann sofort Stellung erhalten bei

C. Baensch,
Buchbindermeister in Gnesen.

Gesucht für ganz Deutschland eingeführte **Vertreter** für ein altes bedeutendes **Londoner Metallhaus.** Offert. mit Referenzen unter **H. 05047** an die **Annoncen Expedition von Haasenstein & Vogler in Hamburg.**

Eine gut empfohlene

Wirthin,

die die feine Küche gründlich versteht, sucht vom 1. Jan. eine selbstständige Stelle. Adressen erbeten sub **N. N.** Exped. d. Ztg.

Einen tücht. Expedienten

für's Detailgeschäft sucht die Destillation **H. Hirschberg,** Gnesen.

Mädchen,

welche die Stickerei erlernen wollen, können sich melden St. Martin 15, im Hofe 2 Treppen.

Der Gärtner- und Heizerposten bei dem Dom. Działyn ist besetzt.

Familien-Nachrichten.

Albertine Muskat,
Moritz Gerstmann,
Verlobte.
Schmiegel.

Gestern früh starb in Bad Görbersdorf mein geliebter Mann, unser Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Kaufmann

Paul Schröpfer,

im noch nicht vollendeten 28. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt, anstatt besonderer Meldung an

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung findet in Posen am 3. Dezbr., Nachmittags ½4 Uhr, vom Leichenhause der Kreuzkirche vor dem Berliner Thore statt.

Ein sanfter Tod endete heute Abend das theure Leben unseres unvergeßlichen Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Kaufmanns

Anton Franz Nebesky,

im Alter von fast 76 Jahren.

Krotoschin, den 1. Dezember 1879.

Carl Nebesky,
im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Montag um 12½ Uhr entschlief nach langem Leiden meine inniggeliebte Frau **Mathilde Firmont,** geb. **Walczak,** im 41. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachmittag um 2 Uhr, vom Trauerhause Jesuitenstr. 3 statt. Um stille Theilnahme bitten

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Gatte, Sohn und Mutter.

Heute früh ½8 Uhr starb plötzlich am Herzschlag mein innigstgeliebter Mann **H. Schadler** im 39. Lebensjahre welches tiefbetrübt anzeigt

die hinterbliebene Wittwe.

Ottilie Schadler,
geb. **Engelmeyer.**

Posen, den 2. Dezember 1879.

Beerdigung Freitag Nachmittags 2 Uhr von Neuestr. 5 aus.

Nachruf!

Unserm Ehrenmitgliede, dem am 29. Novbr. cr. verstorbenen Brauereibesitzer **Stook,** bringen wir unsern Abschiedsgruß.

Derselbe hat sich als treues, unserm Verein wohlwollendes Mitglied seit Jahren bewährt und sich dadurch ein bleibendes Andenken gesichert.

Sanft ruhe seine Asche.

Der Vorstand des Handwerker-Darlehns-Vereins.

Kaufmännischer Verein.

Die Herren Mitglieder werden ersucht, zum Begräbniß des Herrn

Paul Schroepfer

heute Nachmittag 3 Uhr auf dem neuen **Kreuzkirchhofe** hinter dem Berliner Thor recht zahlreich erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.

Allgem. Männer-Gesang-Verein.

Donnerstag, 4. d. M., Abends 8 Uhr, im **Hôtel de saxe: Ballotement; geselliger Abend.**

Der Vorstand.

Mittwoch, d. 3. d. **Eisbeine** bei **M. Smaczek,** St. Adalbert 1.

Kesselwurst mit **Sauerkohl,** auch **Wellfleisch** morgen Donnerstag, d. 4. d. von früh 10 Uhr ab bei

Volkmann, Jesuitenstr. 11.

Heute Abend **Eisbeine.**

F. W. Mewes.

Heute **frische Kesselwurst mit Sauerkohl,** eigenes Fabrikat.

A. Laserioh,
Wasserstraße 13.

Lambert's Saal.

Donnerstag den 4. Dezember, Abends 7½ Uhr präc.:

Konzert

des

Hennig'schen Gesangvereins

Faust

von **Robert Schumann**
für **Soli, Chor** und **Orchester.**

Soli: Frau Konzertsängerin **A. Hildach** aus Breslau,
Königlicher Kammersänger
Herr P. Bulß
vom Dresdener Hoftheater,
Oper**r**sänger Hr. **Compit.**

Num. Sitzplätze à **2,50,** Stehplätze à **1,50** sind **nur** in der Hof-Musikhandlung von **Bote & Bock** zu haben.

Textbücher, 40 Pf., ebendaselbst.

Generalprobe Mittwoch Abend 6 Uhr. Billets à 1 Mark an der Kasse.

à 50 Pf. **H. Burkert's** à 50 Pf.

Salzbrunner

Quellsalz-Caramellen,

bestbewährtes Mittel gegen Lungen- und Halsleiden, sind vorräthig und treffen fortwährend frisch ein im Hauptdepot für Posen:

Dr. Wachsmann's Apotheke.

Lambert's Concert-Saal.

Montag, den 8. December,
(Abends 8 Uhr):

III. Sinfonie-Concert

von der Kapelle des Westf. Füs.-Regts. Nr. 37.

Programm.

I. Ouv. z. Op. „Der Widerspänstigen Zähmung" v. **Goetz.**
II. Adagio a. d. Sonate pathétique von . . . . **Beethoven.**
III. Andante für 2 Violinen, Solo von . . . . **Spohr.**
IV. Ouverture zum „Märchen der schönen Melusine" von . . . . **Mendelssohn.**
V. Sinfonie Nr. 3. (G-moll) von . . . . . . **Mozart.**

5 Billets 3 Mark, einzeln à 1 Mark sind zu haben in der Hof-Buch- und Musikalien-Handlung von **Ed. Bote & G. Bock.**

Rothe.
Kapellmeister.

Nürnberger Exportbier

von vorm. Heinrich Henniger,

Pilsener Exportbier

vom Bürgerlichen Brauhaus,

Bairisch Lagerbier

der Herren Gebrüder Hugger,

Grätzer Bier, Porter, Alé, Roth-, Rhein- und Ungarwein

auch glasweise,

Diner's von ½1 bis ½3 Uhr,

im Abonnement 30 Mark,

empfiehlt

Albert Dümke,

Wilhelmsplatz 18.

Moabiter Klosterbräu-Kellerei.

Posen, Bismarckstraße 2—4.

Eigenthum der Aktienbrauerei-Gesellschaft Moabit in Berlin.

Warmes **Frühstück** à 30 Pf., **Mittagstisch** à Couvert 75 Pf.
Reichhaltige Abendkarte zu civilen Preisen.

Das auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung prämiirte und auf der jetzigen internationalen Ausstellung für Kunst, Wissenschaft u. neuere Erfahrungen zu Paris mit der goldenen Medaille ausgezeichnete

Moabiter Klosterbräu à ½ Lt. 20 Pf.,
do. helles Lagerbier à ½ Lt. 15 Pf.

Außerdem liefere auf der Brauerei gefüllte Original-Flaschen
Moabiter Klosterbräu 18 Fl. für 3 M. } mit Patent-
Helles Lagerbier 25 „ „ 3 „ } Verschluß
durch mein Gespann frei ins Haus."

W. Polenz, Oekonom.

Weihnachtsbitte.

Auch in diesem Jahre rufe ich im Vertrauen auf den Herrn, dem wir an den Kleinen in der Rettungs- und Waisen-Anstalt in **Rokitten** dienen, die herzliche Bitte in die Christenheit hinein: Vergesset auch in diesem Jahre nicht, unsere 44 Zöglinge mit Liebesgaben zu bedenken, damit auch in diese Kindesherzen am Christfeste reiche Freude einziehen kann.

Prittisch (Poststation), am 1. Adventssonntage 1879.

Der Anstalts-Inspektor.
Pastor **Hildt.**

Erwiderung zur Annonce Brennerei in Nr. 832.

Die Neuheit, welche Herr **G. Morawa** den Herren Brennerei-Besitzern zur Kenntniß bringt, daß man bei dem neuen Maischverfahren soweit vorgeschritten ist, nur auf 100 Liter Maischraum 4 Pfd. Gerste inkl. Hefe in Anwendung zu nehmen, ist für die meisten Fachmänner etwas Altes, da man schon seit einigen Jahren zu demselben Maischraum inkl. Hefe sogar unter 3 Pfd. Gerste gebraucht und dieselbe Ausbeute erzielt.

Einer für Viele.
L. H. in **M.**

Bei meiner Uebersiedelung nach **Leipzig** sage Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Anton Kantorowicz.

B. Heilbronn's

Volksgarten-Theater.

Mittwoch, den 3. Dezember cr.:

Ohne Tabakrauch. Lenore. — Vaterländisches Schauspiel mit Gesang in 4 Abtheilungen.

Die Direktion.
B. Heilbronn.

Stadttheater.

Mittwoch, den 3. Dezember 1879:
1. Vorstellung im 3. Abonnement:
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.

Donnerstag, d. 4. Dezember 1879:
Geschlossen.

Freitag, den 5. Dezember 1879:
2. Vorstellung im 3. Abonnement.
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Akten v. Göthe.

Die Direktion.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Minna Scholz mit Emil Herold. Frl. Marie Wagner mit Kaufmann Julius Hildebrandt in Bremen. Frl. Ernestine Weiß mit Adolf Bartels. Frl. Marie Schröder mit Lieutenant Lindenberg in Prenzlau-Angermünde. Frl. Luise von Raumer mit Pfarrer Strucksberg in Trebnitz-Herzogswaldau. Frl. Elfriede von Siegroth mit Fedor Piegga in Scharlen-Ptakowitz. Frl. Elisabeth Saenger mit Lieutenant Werner von Zastrow in Potsdam. Frl. Anna v. Harlem mit Landgerichtsrath Dr. jur. Buchka in Prüm-Schwerin. Frl. Hedwig v. Winckler mit Robert Streffer in Dölitz-Dosen.

Verehelicht: Kammerherr A. v. Bothmer mit Frl. Mathilde Westphalen in Hamburg. Dr. med. Eugen Schlesinger mit Frl. Marion Baldwin in London-Dresden. Julius Schulz mit Frl. Auguste Overbeck in Neustadt a. Dosse-Potsdam. Otto Metsch mit Frl. Emilie Metsch in Kitzingen. Premier-Lieutenant Arthur von Borries mit Frl. Margot von Teichmann-Logischen. Hauptm. von Rosenberg-Gruszczynski mit Frl. Anna von der Mülbe in Potsdam. Pr.-Lieut. Victor Freiherr von Grotthuß mit Erna Freifräulein von Horn in Glogau.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.